

Nationales Forum
für Engagement
und Partizipation



**Bürgerschaftliches Engagement in
ländlichen Räumen – Ressource für
Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit**

Inhaltsverzeichnis

1. Editorial	5
2. Begrüßung.....	11
2.a. Begrüßung Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.	13
2.b. Grußwort Dieter Hackler, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	15
3. Thematische Einleitung	17
4. Prozess Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“	21
4.a. Impulse der Expertinnen und Experten.....	23
4.b. Kernaussagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	25
4.c. Zusammengefasste Stellungnahmen zu den Ergebnissen..	31
5. Empfehlungen zur weiteren Entwicklung	33
Anhang	40
a. Kurzexpertisen der Expertinnen und Experten.....	40
b. Verschriftlichung der Originalbeiträge	49
c. Stellungnahmen.....	56
d. Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	60

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Verein für öffentliche
und private Fürsorge e.V.
Koordinierungsstelle Nationales Forum
für Engagement und Partizipation
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin

Internet:

www.forum-engagement-partizipation.de

V.i.S.d.P.:

Kathrin Kummerow

Redaktion:

Kathrin Kummerow, Stephanie Guirten,
Steffen Krüger, Stefanie Lausch

Moderation der Dialogforen:

Kerstin Schmidt, Demographie lokal

Layout und Satz:

Christopher Graf

Lektorat:

L. Larsson

Fotos:

fr focus media, Frank-Michael Arndt

Druck:

Druckhaus Frankfurt GmbH

**Koordinierungsstelle Nationales Forum
für Engagement und Partizipation:**

Kathrin Kummerow (Projektleitung),
Stephanie Guirten, Steffen Krüger,
Stefanie Lausch, Beate Seeland
Tel.: 030 - 62980 625
Fax: 030 - 62980 109
Mail: info@forum-engagement-partizipation.de

Nationales Forum
für Engagement
und Partizipation



engagiert in
deutschland.de



In Trägerschaft



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



1. Editorial



Stephanie Guirten
Partizipatives Forum für
Engagement und Partizipation

Handwritten notes on sticky notes, including phrases like "Jugendliche", "aktiv", "Partizipation", and "Engagement".

1. Editorial

Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat im Herbst 2010 unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Nationale Engagementstrategie als Basis für eine gemeinsame und aufeinander abgestimmte Engagementförderung aller Ressorts beschlossen. Ziel ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um bürgerschaftliches Engagement als eine wichtige Impuls- und Innovationsquelle in seiner Vielfalt zu fördern. Die Nationale Engagementstrategie verfolgt nachfolgende strategische Ziele:

- Verbesserung der Abstimmung engagementpolitischer Vorhaben von Bundesregierung, Ländern und Kommunen;
- Entwicklung neuer Partnerschaften mit Unternehmen, Stiftungen und Organisationen der Bürgergesellschaft;
- Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von Engagierten;
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement.

Die Nationale Engagementstrategie leistet somit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer aufgeschlossenen und nachhaltigen Engagementpolitik, die zur Weiterentwicklung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens unerlässlich ist.

Auftrag der Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation

Um kompetente und unabhängige Beratung für diesen Prozess zu erhalten, wurde 2009 das Nationale

Forum für Engagement und Partizipation (NFEP) ins Leben gerufen. In einem öffentlichen Prozess der Begleitung und Weiterentwicklung relevanter und aktueller politischer Themen des bürgerschaftlichen Engagements hat die Koordinierungsstelle 2009/2010 der engagementpolitischen Agenda einen Rahmen gegeben und eine Priorisierung vorgenommen.

Die Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation befindet sich seit dem 1. März 2011 in Trägerschaft des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Wesentliche Aufgabe ist es, das Bundesfamilienministerium bei der Weiterentwicklung ihrer engagementpolitischen Arbeit und der Umsetzung der Nationalen Engagementstrategie zu unterstützen, neue Impulse zu geben und einen Dialogprozess zu gestalten.



So wurden zur Fortsetzung der bereits 2009/2010 begonnenen Beratung auch in den Jahren 2011/2012 Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften und Verbänden über das Format der „Dialogforen“ beteiligt.

Dieses Vorgehen sichert nicht nur die Einholung einschlägigen Expertenwissens, sondern es gewährleistet auch die Legitimität des Beratungsprozesses.

Nach Auswertung der bisherigen Dialogforen und mit Blick auf die Schwerpunkte der Nationalen Engagementstrategie hat in 2011/2012 ein Vertiefungsprozess zu vier identifizierten Themenbereichen stattgefunden: Schule, ländliche Räume, Pflege und hybride Organisationen. Aus jedem Bereich wurde eine explizite Fragestellung herausgearbeitet, die als engagementpolitische Herausforderung erkannt und für eine Weiterbefassung vorgesehen wurde. Diese Fragestellungen wurden in vier Experten-Dialogforen diskutiert. Die Teilnehmenden setzen sich aus verschiedenen Akteursgruppen zusammen, die bereits im jeweiligen Themenbereich aktiv sind bzw. zukünftig mit diesem befasst werden sollen.



Mit dem Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“, das am 11. November 2011 stattfand, wurden Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur Stärkung und weiteren Förderung bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen aufgezeigt. Im Fokus stand hier das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure, damit bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum auch in Zukunft dazu beitragen kann, Familien sowie jungen und älteren Menschen eine attraktive Zukunft zu ermöglichen.

Weitere Dialogforen waren:

- **„Engagementlernen als Unterrichtsmethode: Schule wird Lernort für Partizipation und gesellschaftliche Verantwortung“.** Dieses Dialogforum setzte sich mit der Frage auseinander, was benötigt wird, um „Lernen

durch Engagement“ als Lehr- und Lernmethode an Schulen erfolgreich zu etablieren. Dabei sollte berücksichtigt werden, welche Akteursgruppen an welcher Stelle was zu leisten haben, um Engagement an Schulen zu verankern.

- **„Haupt- und Ehrenamt in der Pflege: Freiwilligenmanagement zwischen zivilgesellschaftlichem Mehrwert und gesellschaftspolitischen Herausforderungen“.** Dieses Forum zielte auf eine Optimierung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt. Gegenseitige Anerkennung der Fachlichkeit, umfassende Qualifizierung der freiwillig Engagierten und eine schlüssige Organisationsentwicklung sollen den gemeinsamen Arbeitsbereich im Sinne der zu versorgenden Menschen gestalten.
- **„Hybride Organisationen – neue Chancen für die Engagementlandschaft?“** Hier sollte näher beleuchtet werden, was genau sich hinter diesem Begriff verbirgt, welche Organisationsformen dem zuzurechnen sind und wie sich hybride Organisationen auf das bürgerschaftliche Engagement auswirken.

Dialogforen – sektorenübergreifender Ideenpool

Die 2011 und im Januar 2012 veranstalteten Dialogforen wurden im Format des Welt-Cafés und des Gallery-Walks aufgestellt. Mit Hilfe dieses ergebnisorientierten Dialogformates widmeten sich ausgewählte Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft, Wohlfahrtsverbänden, Politik, Wis-



senschaft, Wirtschaft und Stiftungen den identifizierten Themenfeldern und Fragestellungen, um gemeinsam konkrete Handlungsmöglichkeiten für die verschiedenen Akteursgruppen zu entwerfen.

Die Dialogmethode des Welt-Cafés war besonders prädestiniert, weil sich mit ihr ein kreativer, gleichzeitig aber auch strukturierter Austauschprozess initiieren ließ. Die unterschiedlichen Perspektiven und Auffassungen der Teilnehmenden sollten genutzt werden, um neue Ideen und Handlungsoptionen zu entwickeln. An acht Tischen mit jeweils fünf Teilnehmenden aus den unterschiedlichen Akteursgruppen^[1] wurden in mehreren Gesprächsrunden konkrete Fragestellungen diskutiert. Zwischendurch erfolgte jeweils ein Wechsel der Diskutanden an den Tischen, wobei Tischmoderatorinnen und -moderatoren alle Durchgänge begleiteten und dokumentierten.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung hat die Koordinierungsstelle das Thema inhaltlich aufbereitet. Hierzu wurden den Teilnehmenden drei Kurzexerten von Expertinnen und Experten zugesandt. Zur Eröffnung der Fachdiskussion haben Impulsreferate verschiedene Blickwinkel des Themas aufgegriffen und aktuelle Entwicklungen und Bedarfe benannt. Die Moderation an den Tischen wie auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst stellten sicher, dass möglichst unterschiedliche Aspekte Beachtung fanden, um den Herausforderungen und Chancen des Themas gerecht zu werden und eine Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Ergebnissicherung und Beteiligung via Internet

Die Ergebnisse des Dialogforums wurden den mit dem Thema betrauten Akteuren, z. B. Verbänden, Organisationen, Stiftungen und Unternehmen, mit der Bitte um Stellungnahmen zugesandt. Ziel war es, Ideen und Empfehlungen an die einzelnen Handlungsebenen weiterzuleiten, um eine Wei-

terentwicklung des Themas dort anzustoßen, wo Handlungsmöglichkeiten bestehen – und so auch eine höhere Legitimität des Prozesses aus dem Dialogforum für die weitere Umsetzung zu erreichen. Die Ergebnisse der Dialogforen und die Stellungnahmen werden nachfolgend zusammengefasst, ausgewertet und in praxisnahe Empfehlungen zur Umsetzung und Weiterentwicklung überführt.

Ergänzend wurde für das Thema „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“ bereits im Vorfeld des Dialogforums auf www.engagiert-in-deutschland.de ein Themenraum eingerichtet, der allen Interessierten die Möglichkeit bot, den Prozess der Themenbearbeitung zu begleiten. Nach der Veranstaltung fand ein



strukturierter, moderierter und zeitlich begrenzter Dialog statt, der den Prozess der Erarbeitung von ergebnisorientierten Empfehlungen für weitere Akteure öffnete. Die Kernaussagen des Dialogforums wurden auf der Internetseite des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation (www.forum-engagement-partizipation.de) und auf der Informations- und Kommunikationsplattform www.engagiert-in-deutschland.de eingestellt.

Dort standen sie allen Interessierten zur Kommentierung und Diskussion zur Verfügung. Alle Kommentare sind in die Erstellung dieser Abschlusspublikation eingeflossen.

Die Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation dankt den Teilneh-

[1] Als besonderes Merkmal der Arbeit in Kleingruppen ist darauf geachtet worden, dass an jedem Tisch alle Akteursgruppen (Bund / Länder, Kommune / Praxis, Dritter Sektor, Wirtschaft / Stiftungen, Wissenschaft / Forschung) mit jeweils nur einer Vertreterin bzw. einem Vertreter repräsentiert waren. Dies ermöglichte eine weitgehende Gleichgewichtung aller Akteursgruppen.



merinnen und Teilnehmern des Dialogforums, den Autorinnen und Autoren der Stellungnahmen sowie den im Internet Engagierten für ihre Mitarbeit und Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema.

Die vorliegende Dokumentation richtet sich an Expertinnen und Experten, die Unterstützung oder Perspektiven für ihre Arbeit suchen, an Interessierte, die einen aktuellen thematischen Überblick wünschen und nicht zuletzt auch an die Gestalter förderlicher Rahmenbedingungen.

Wir übergeben diese Publikation dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

Kathrin Kummerow, Stephanie Guirten, Stefanie Lausch, Beate Seeland, Steffen Krüger - Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation

2. Begrüßung

2.a. Begrüßung Wilhelm Schmidt,
Präsident des Deutschen Vereins für
öffentliche und private Fürsorge e. V.

2.b. Grußwort Dieter Hackler,
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



2. Begrüßung

2.a. Begrüßung Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.



Ich begrüße Sie alle, auch im Namen des Präsidiums, hier in den Räumen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. zu diesem Dialogforum.

Wir freuen uns, dass wir mit der Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation eine Einrichtung haben, die unsere bisherigen Aktivitäten konsequent fortsetzt. Der Deutsche Verein beschäftigt sich kontinuierlich mit den ländlichen Räumen und der Situation von älteren Menschen und Familien in diesen Gebieten sowie mit den kommunalen Bildungslandschaften. Dies sind alles Punkte, die auch bei der heutigen Diskussion eine wichtige Rolle spielen werden.

Schon die frühere Koordinierungsstelle hat einen breiten Dialog angeregt und so etwas wie eine Prioritätenliste

erstellt. Die Ergebnisse waren die Grundlage für den neuen Auftrag, auch bezüglich der Themensetzung und der Strategie, die daraus entwickelt werden soll. Wir wollen einen Vertiefungsprozess starten und wir wollen mit den Experten-Dialogforen auch die anderen Fragestellungen, die besonders wichtig sind, in den Fokus nehmen. Den Bereich Schule, den Bereich Gesundheit und Pflege und die hybriden Organisationen. Es gibt für alles viele Unterlagen und viel Wissen, das wir nur zusammentragen müssen. Und heute tun wir dies für das Thema ländlicher Raum.

Die ländlich geprägten Gebiete machen ca. 60% der Fläche des Landes aus und haben eine enorme gesellschaftliche Bedeutung als Wohn- und Arbeitsstätte sowie für Erholung, Tourismus und Naturschutz aber auch für die Land- und Forstwirtschaft. Diese ländlichen Räume stehen vor gewaltigen Veränderungen, gerade demografisch. Der Rückgang der Bevölkerung wird Einrichtungen künftig vor Auslastungsprobleme stellen.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein besonders wichtiger Bestandteil einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft und hat momentan in den ländlichen Räumen noch eine gut ausgebaute Basis, auf der man sich allerdings nicht ausruhen kann. Dieses Engagement muss immer wieder neu belebt, motiviert und strukturiert werden. Oftmals fehlt es an Nachwuchs. Diesen gilt es anzusprechen und zu gewinnen. Essenziell ist die Kooperation der Akteure vor Ort. Dies müssen Politik und Zivilgesellschaft verstehen und praktisch umsetzen.

Wir bitten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialogforums ihre unterschiedlichen Positionen und Kenntnisse hier einzubringen, die Ausgangssituation

zu beleuchten, Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zu diskutieren sowie die Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure neu zu durchdenken. Ein besonderes Augenmerk sollte auf den Infrastrukturen für Familien liegen.

Die Koordinierungsstelle wird die Ergebnisse aufbereiten, Stellungnahmen einholen und politisch tragfähige Empfehlungen veröffentlichen und weiter verbreiten.

Ich wünsche Ihnen allen hierbei viel Erfolg.

2.b. Grußwort Dieter Hackler, Leiter der Abteilung 3 „Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Die Dialogforen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation (NFEP) sind initiiert durch die Nationale Engagementstrategie und sollen dabei helfen, die Engagementpotenziale, die in diesem Land schlummern, zu nutzen. Jene vier Engagementbereiche, die das Nationale Forum dieses Jahr bearbeitet, sind dabei für das Ministerium Schlüsselfelder, nicht nur für die Nationale Engagementstrategie, sondern auch für die Politik des Hauses.

Lassen Sie mich kurz die anderen drei Themen beleuchten, bevor ich zum heutigen komme. Das Forum Engagement und Schule ist besonders wichtig hinsichtlich der Tatsache, dass die Bedeutung der Schule als Mittler und Lebensmittelpunkt für Schülerinnen und Schüler noch nicht überall erkannt wird. Gerade die Schulen sollen den Beteiligungsprozess mittragen. Beim Thema Pflege und Gesundheit geht es vor allem darum, das Miteinander von Haupt- und Ehrenamt zu koordinieren. Ein Begriff, der hierbei von besonderer Bedeutung ist, lautet „Professionalität“. Oftmals können gerade ältere Menschen mit ihrer Lebenserfahrung einen wichtigen Beitrag leisten. Das Dialogforum zu hybriden Organisationen wird sich mit

den neuen Organisationsformen beschäftigen und die Frage aufwerfen, welchen Einfluss diese auf klassische Engagementstrukturen haben.

Alle Ergebnisse der Dialogforen werden selbstverständlich in einer abschließenden Dokumentation editiert. Wichtiger noch als die Veröffentlichung ist jedoch der Diskussionsprozess an sich. Der Diskurs der verschiedenen Multiplikatoren vor Ort ist meistens fruchtbarer als die wissenschaftliche Abhandlung – dies gilt es hier festzuhalten und zu veröffentlichen.

Das heutige Dialogforum beschäftigt sich mit dem Engagement im ländlichen Raum. Dieser kennzeichnet sich in Deutschland dadurch, dass er kein einheitliches Gebilde ist. Vielmehr haben in den verschiedenen Regionen die dortigen Strukturbedingungen einen entscheidenden Einfluss auf die Engagementkultur. Gerade die Vielfalt des ländlichen Raumes macht es notwendig, diesen nicht als einen Problembereich, sondern als ein Lernfeld für künftige Entwicklungen wahrzunehmen.

Beispiele können leicht verdeutlichen, welche Bandbreite an Problemen und Chancen der ländliche Raum in Deutschland vorhält. Der Landkreis Uckermark ist gekennzeichnet durch einen massiven Bevölkerungsrückgang und einen großen Anteil von Hochaltrigen unter den Einwohnerinnen und Einwohnern. Unter diesen extremen Bedingungen Lösungen zu finden, wie man mit ehrenamtlichem Engagement Daseinsvorsorge unterstützen kann, sollte beispielgebend für viele andere Regionen in Deutschland sein. Das komplette Gegenteil findet sich in der Grafschaft Bentheim. Hier gibt es viele Arbeitsplätze, eine umfassende Infrastruktur und eine lebendige und intensive Engagementkultur.

In dem kleinen Ort Eichstätten hat die Initiative eines ehemaligen Bürgermeisters ein lebendiges und dynamisches System zur Betreuung von Alten und Demenzkranken etabliert, das sich in einem Begegnungszentrum mit Tagespflege und Pflegewohngruppen zeigt. Im Bergischen Land hat der Landkreis die Engagementförderung auf die politische Agenda gesetzt und einen Freiwilligendienst etabliert, der mit Engagementlotsen vor Ort für eine lebendige Engagementszene sorgt. Ein Musterbeispiel ist auch der Landkreis Nordfriesland, der mit einer der höchsten Engagementquoten in Deutschland aufwarten kann. Mit Hilfe von Freiwilligendiensten ist es gelungen, einen starken Vernetzungsgrad unter den Projekten zu erreichen.

Die Bundesregierung hat mit ihrer Initiative „Aktiv im Alter“ viele Potenziale im ländlichen Raum offen-

gelegt, und eine Reihe von Projekten zur Daseinsvorsorge konnten ins Leben gerufen werden. Diese Chancen und Möglichkeiten gilt es ans Tageslicht zu fördern. Der Appell an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Dialogforums lautet daher: Gewinnen Sie den ländlichen Raum lieb, sehen Sie die Potenziale und benennen Sie die Probleme. Viele Anregungen aus dem ländlichen Raum dürften sich auch in die Städte transferieren lassen. Dies gilt besonders beim Quartierbezug im Pflegebereich, aber auch bei vielen anderen sozialen Aspekten.

Ich wünsche Ihnen und uns einen erfolgreichen Tag, der in seinen Ergebnissen andere dazu motivieren kann, ihre ländlichen Räume im Sinne hoher Lebensqualität weiter zu gestalten.

3. Thematische Einleitung



3. Thematische Einleitung

Ländliche Räume haben eine große Bedeutung als Wirtschaftsstandort für Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Handwerk und Gewerbe und sind auch Standort und Produzent zukunftsträchtiger Technologien. Sie dienen als Natur- und Erholungsräume und bieten Wohnraum für einen Großteil unserer Bevölkerung. Aufgrund einer Bandbreite von Einflussfaktoren und Merkmalen, so etwa ihrer geografischen Lage, infrastrukturellen Ausstattung oder kulturellen Prägungen, sind ländliche Räume in Deutschland äußerst heterogen. Es ist folglich schwer, von dem ländlichen Raum zu sprechen, ohne auch die jeweiligen regionalen Besonderheiten und unterschiedlichen Entwicklungspotenziale zu berücksichtigen.



Die Herausforderungen, vor denen ländliche Gebiete stehen, werden gegenwärtig häufig thematisiert. Sie weisen vielerorts eine noch relativ gut entwickelte Infrastruktur auf und unterscheiden sich in zahlreichen Aspekten kaum mehr von städtischen Gebieten. Dennoch gibt es neben dynamischen Regionen auch strukturschwache ländliche Gegenden. Gerade in diesen Regionen sind schon heute die Auswirkungen von Strukturwandel und demografischen Veränderungen spürbar. Die Folgen sind Abwanderung, Gebäudeleerstand, geringe Wirtschaftskraft und Finanzknappheit der Kommunen. Dies zieht wiederum den Rückbau von Infrastrukturen, wie das Einstellen

von Busverbindungen, die Schließung von Schulen und Poststellen nach sich. Betrachtet man die für die nächsten Jahrzehnte prognostizierten Veränderungen, so ist eine Zunahme dieser Tendenzen in einigen Regionen absehbar. Angesichts solcher Entwicklungen ergeben sich neue Herausforderungen, auf welche Gesellschaft, Politik und Wirtschaft gemeinsam Antworten finden müssen.

Bürgerschaftliches Engagement nimmt als wichtiger Bestandteil einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft einen besonderen Stellenwert bei der Lösung dieser Probleme ein. Das aktive lokale Mitgestalten und die verstärkte Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger werden als Chance diskutiert, Dörfer auch in Zukunft funktionsfähig und attraktiv zu gestalten. Gerade in ländlichen Regionen findet bürgerschaftliches Engagement bereits auf gut ausgebauter Basis statt und blickt auf eine lange Tradition zurück. Die Formen der Gegenseitigkeit sind dabei vielfältig: Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Räume setzen sich in politischen und sozialen Engagementfeldern, in öffentlichen Funktionen sowie in der Nachbarschafts- und Selbsthilfe ein. Insbesondere Vereine erfüllen, oft über ihre eigentlichen Angebote hinaus, eine Vielzahl an gesellschaftlichen Funktionen. Dennoch steht bürgerschaftliches Engagement gerade in ländlichen Räumen vor besonderen Herausforderungen.

Um Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig zu nutzen und eine stärkere Eigenbeteiligung und Verantwortungsübernahme der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, bedarf es Veränderungen und Weiterentwicklungen auf verschiedenen Ebenen, aber gleichzeitig auch einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements in diesem Zusammenhang.

Unter dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Ressource für Lebensqualität und

Zukunftsfähigkeit“ kamen im Dialogforum Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Akteursgruppen zu einer gemeinsamen Fachveranstaltung zusammen. Es wurden Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landespolitik, der Kommunen, innovativer Praxisprojekte, Organisationen des Dritten Sektors, Stiftungen und Unternehmen sowie der Forschung eingeladen, um im ressort- und sektorenübergreifenden Zusammentreffen Raum zum Austausch von Informationen und Ideen zu schaffen. Unter Einbringung der jeweiligen Blickwinkel und anknüpfend an tatsächliche Bedarfe sollten Beiträge erarbeitet werden, die nötig sind, um bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen weiter zu stärken.

Im Vorfeld der Veranstaltung wurden gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zentrale und besonders aktuelle Desiderate identifiziert und daraus Diskussionsfragen für das Dialogforum formuliert. In einer ersten Diskussionsrunde bearbeiteten zunächst alle Teilnehmenden in Kleingruppen die übergeordnete Frage „Welche Schritte und Beiträge braucht bürgerschaftliches Engagement, um Ressourcen zur Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume weiterzuentwickeln?“ Anschließend konnten sie sich entsprechend ihrer Interessen einzelnen Fragen zuwenden. So wurde z. B. diskutiert, wie traditionelle Formen des Engagements zukunftsorientiert weiterentwickelt werden sollten, damit Vereine und Organisationen zeitgemäß auf die veränderten Bedürfnisse und Wünsche der Engagierten reagieren

können. Eine andere Gruppe beschäftigte sich mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Räumen und diskutierte, was die verschiedenen Akteure bereitstellen müssten, um bei dieser wichtigen Zielgruppe das Interesse für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Darüber hinaus wurden Fragen nach geeigneten Organisationsformen für bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen sowie eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch Maßnahmen der Regionalentwicklung diskutiert. Aufgrund der Breite der in der Diskussion aufgegriffenen Themenfelder ergibt sich ein Mosaik vielfältiger Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten. Die Ergebnisse sollen daher Ansatzpunkte und Anregungen für eine tiefere Weiterbefassung mit den einzelnen Bereichen bieten.

Alle Beiträge der Veranstaltung sowie auch die Stellungnahmen zu den Ergebnissen wurden in diese Publikation aufgenommen. Die Aussagen und Empfehlungen spiegeln ein breites Spektrum an Entwicklungsimpulsen zur Entfaltung der Potenziale bürgerschaftlichen Engagements in den ländlichen Räumen Deutschlands wider. Sie richten sich an alle beteiligten Akteursgruppen und sollen als Unterstützung bei der Suche nach Lösungen aktueller Herausforderungen und als Grundlage weiterer Diskussionen dienen.

Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation

4. Prozess Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“

4.a. Impulse der Expertinnen und Experten

4.b. Kernaussagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

4.c. Zusammengefasste Stellungnahmen zu den Ergebnissen



Leistungsformen definieren
dann Beziehungen formen
ausrichten
auch in der Verantwortung
Strategische Ziele ableiten

4. Prozess Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“

4.a. Impulse der Expertinnen und Experten

Zur Vorbereitung auf das Dialogforum erhielten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorab schriftliche Kurzexpertisen (siehe Anhang), in denen verschiedene zentrale Aspekte des Themas aufgegriffen wurden. Die Expertinnen und Experten hatten zu Beginn des Dialogforums die Gelegenheit, ihre Expertisen vorzustellen. Die vier Inputreferate waren Grundlage der anschließenden Welt-Café Diskussion und werden im Folgenden kurz zusammengefasst.

Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung GmbH



Dr. Thomas Gensicke studierte Philosophie an der Universität Leipzig. Seit 2001 ist er bei TNS Infratest Sozialforschung München tätig, derzeit als Senior Consultant im Bereich „Familie und Bürgergesellschaft“.

Schwerpunkte seiner Arbeit sind die empirische Einstellungs-, Werte- und Kulturforschung, politische Beteiligung und freiwilliges Engagement, die empirische Organisationsforschung, Wohlfahrtsforschung und Besonderheiten der neuen Bundesländer. Er war unter anderem maßgeblich an der Erstellung der Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009 beteiligt.

Dr. Thomas Gensicke stellte die für den ländlichen Raum relevanten Ergebnisse der Freiwilligensurveys 1999, 2004 und 2009 vor. Die Studien zeigen hinsichtlich der Engagementquoten in den einzelnen ländlichen Regionen Deutschlands große Unterschiede

auf. Regionen mit besonders starkem bürgerschaftlichem Engagement befinden sich vor allem im Nord- und im Südwesten. Ländliche Regionen verzeichnen allgemein eine größere Engagementquote als stark verdichtete Räume, jedoch lässt sich dabei ein erheblicher Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern erkennen. Obwohl es sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg diesbezüglich positive Entwicklungen gibt, sollte der Osten Deutschlands als Schwerpunktzone der Engagementförderung eingestuft werden.

Prof. Dr. Claudia Neu, Hochschule Niederrhein



Prof. Dr. Claudia Neu ist Professorin für Allgemeine Soziologie an der Hochschule Niederrhein. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Methoden empirischer Sozial- und Marktforschung, Sozialstrukturanalyse, Demographie

sowie Land- und Agrarsoziologie. Zudem beschäftigt sie sich mit Herausforderungen und Aufgaben von Partizipation und Bürgergesellschaft.

Prof. Dr. Claudia Neu stellte die Bedeutung infrastruktureller Daseinsvorsorgeleistungen in den Mittelpunkt ihres Inputs. Der demografische Wandel und die Strukturkrisen der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass diese Infrastrukturen brüchig werden. Mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geht verstärkt die

Forderung nach der Übernahme dieser Leistungen durch die Bürgerinnen und Bürger selbst einher. Hier ist eine neue Definition und Zielausrichtung der Infrastruktur-Politik erforderlich. Die gegenwärtig hohe institutionelle Regelungsdichte gewährt nur geringe Handlungsspielräume und damit wenig Raum für Bürgerbeteiligung. Um Bürgerinnen und Bürger vermehrt als neue Akteure im Bereich der Daseinsvorsorge zu beteiligen, bedarf es neben rechtlichen Handlungsspielräumen, Entscheidungsmöglichkeiten und finanziellen Anreizen auch professioneller Unterstützung sowie einer kreativen Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltung.

Claudia Vater, Sächsisches Landeskuratorium Ländlicher Raum e. V.



Claudia Vater arbeitet als Koordinatorin beim Sächsischen Landeskuratorium Ländlicher Raum e. V. In dieser Funktion unterstützt sie bürgerschaftliche Aktivitäten im ländlichen Raum Sachsens. Sie moderiert Arbeitskreise,

Workshops, Fachtagungen und Beratungen für das bürgerschaftliche Engagement und unterstützt die Initiierung von Projekten und Netzwerken. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Aktivierung und Stabilisierung von Strukturen, die mit Ehrenamtlichen und Freiwilligen arbeiten.

Claudia Vater berichtete von den Erfahrungen und Herausforderungen des bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum, denen sie in der Praxis begegnet. Mobilität bzw. eine mangelhafte Versorgung durch den öffentlichen Personennahverkehr stellt für viele Engagierte eine große Schwierigkeit dar. Weitere Herausforderungen liegen im Fehlen schneller Internetverbindungen, mangelndem Nachwuchs und der Unterfinanzierung von Vereinen sowie in unzureichenden Informationen zu rechtlichen Fragen. Lösungsansätze für diese Probleme liegen für sie in flexiblen und dezentralen Strukturen. Wünschenswert wären z. B. eine mobile und flexible Fördermittel- und Ehrenamtsberatung durch feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf kommunaler Ebene sowie eine unbürokratische Unterstützung von Vereinen und Organisationen. Darüber hinaus braucht das bür-

gerschaftliche Engagement aber auch Anerkennung und Mitsprachemöglichkeiten bei der Entwicklung der ländlichen Räume.

Adelheit Marcinczyk, Kreis Nordfriesland, Fachbereich Jugend, Soziales, Arbeit und Senioren



Adelheit Marcinczyk ist für die Gestaltung des demografischen Wandels im Kreis Nordfriesland zuständig. Sie arbeitet im Fachbereich Jugend, Soziales, Arbeit und Senioren. Die Sozialpädagogin entwickelte das Konzept

des ‚Bürgernetzwerkes zur Förderung freiwilligen Engagements‘ und ist federführend für dessen Umsetzung verantwortlich. Seit 2009 bringt Adelheit Marcinczyk als Regionalkoordinatorin in Nordfriesland engagierte Bürgerinnen und Bürger, Fachleute und kommunale Entscheider zusammen.

Adelheit Marcinczyk berichtete in ihrem Impulsreferat über den Aufbau und die Arbeit eines Ehrenamtsnetzwerks im Kreis Nordfriesland. Entscheidender Anstoß für den Aufbau des Netzwerks war, dass der Landkreis es sich zum strategischen Ziel machte, ein lebendiges und gut funktionierendes System für bürgerschaftliches Engagement aufzubauen. Der Erfolg des Bürgernetzwerks beruht auf der Schaffung von Strukturen auf kleinräumlicher, dezentraler Ebene. In den jeweiligen Ämtern werden den Engagierten Räumlichkeiten und Know-How zur Verfügung gestellt. Für eine erfolgreiche Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements empfiehlt es sich, Strukturen langfristig anzulegen, die Freiwilligen gezielt zu qualifizieren, das Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommune zu fördern und ein kreisweites Anerkennungskonzept zu erarbeiten. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Vernetzung von Vereinen und Verbänden. Hierfür sind gerade in ländlichen Räumen moderne internetbasierte Kommunikationsstrukturen unerlässlich.

4.b. Kernaussagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Akteursgruppen berieten in einer fokussierten Diskussion in wechselnden Kleingruppen notwendige Schritte zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen. Dazu wurden im Vorfeld konkrete Fragen formuliert und die Teilnehmenden gebeten, diese aus ihren jeweiligen Blickwinkeln zu beleuchten. Aus den Ergebnissen der Diskussion sollten Handlungsempfehlungen für die verschiedenen Akteure folgen. Die Beiträge wurden schriftlich festgehalten (Verschriftlichung der Originalbeiträge im Anhang) und von der Koordinierungsstelle anschließend ausgewertet, strukturiert und in den folgenden Kernaussagen gebündelt.

Frage 1: Welche Schritte und Beiträge braucht bürgerschaftliches Engagement, um Ressourcen zur Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume weiterzuentwickeln?

Akteur Bund / Länder

Rahmenbedingungen

Die politischen Akteure sollten ihre Möglichkeiten nutzen, um das Image der ländlichen Räume in Deutschland zu verbessern.^[2] Das politische Verständnis von regionalen Räumen sollte über die Grenzen von Landkreisen hinausgehen. Die Gestaltung der „Daseinsvorsorge“ sollte neu durchdacht und bürgerschaftliches Engagement darin integriert werden. Wichtig ist es hierbei, die Zuständigkeiten öffentlicher Träger klar zu benennen.

Regionalbudgets sollten eine stärkere Gewichtung in der Förderpraxis von Bund und Ländern erhalten.

[2] Der Bund kann gemäß der verfassungsmäßigen Zuständigkeitsverteilung Prozesse anstoßen. Die Länder und Kommunen sind jedoch für viele Aufgaben ausschließlich zuständig.

Denkbar wäre z. B. ein Modell, bei dem mindestens 5% der Budgets aller Förderprogramme für Fonds in ländlichen Räumen bereitgestellt würden. Verwaltungsstrukturen sollten flexibler gestaltet und weniger „schwerfällig“ sein. Dazu gehören u.a. ein geringerer Beantragungs- und Abrechnungsaufwand für Projekte und der Abbau juristischer Hürden, die Engagement erschweren. Auch der gezielte Rückbau von Infrastrukturen sollte thematisiert werden, wenn diese in einer Region nicht mehr aufrecht zu erhalten sind.



Infrastrukturförderung

Für die Infrastrukturförderung sind flexible Ansätze und Regionalbudgets geeigneter als top-down Finanzierungen. Ein mögliches Modell wäre z. B. die Bereitstellung frei verfügbarer Mittel durch die Länder an die Kommunen, entsprechend dem Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in ihrer Bevölkerung. Kommunen würden so einen Anreiz erhalten, Engagement vor Ort zu fördern und aktiv auf die Bedarfe der Engagierten zu reagieren.

Die Lebensqualität ländlicher Räume wird sowohl durch „harte“ Infrastruktur (z. B. Verkehrsanbindung, Energieversorgung, Telekommunikationsleitungen), als auch durch „weiche“ Infrastruktur (soziale Faktoren) bestimmt. Da nur eine Kombination von beidem die Zukunftsfähigkeit sicherstellen kann, sollte beiden Formen gleichwertig Beachtung geschenkt werden,

wobei gesellschaftliche Ziele in den Vordergrund zu stellen wären.

Das „Paket“ der Daseinsvorsorge sollte aufgeschnürt werden, um Einzelthemen (wie z. B. Winterdienst oder Wasserversorgung) auf ihre kommunale Anbindung zu überprüfen und den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung zu überlassen, was sie davon kommunal geregelt wissen möchten.



Motivation und Anerkennung

Eine Anerkennungskultur muss durch das Herausstellen guter Vorbilder und Beispiele gepflegt werden. Engagementförderung sollte verstärkt in Schulen, Universitäten sowie bereits in Kindergärten in die Lehrpläne und pädagogischen Konzepte integriert werden, um eine gesamtgesellschaftliche „Engagementkultur“ zu etablieren.

Die Bereitstellung von externen Fortbildungen und Qualifizierungen kann einen Anreiz für Engagierte darstellen und neben der Vermittlung von Kompetenzen auch der Vernetzung dienen.

Modellprojekte

Bundesweit gibt es bereits zahlreiche Modellprojekte zur Stärkung ländlicher Regionen. Dazu gehören z. B. das Modellprojekt „LandZukunft“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ des BMFSFJ und die „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), die eine Vernetzung über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg sowie die Beteiligung der Menschen vor Ort fördern. Ansätze aus erfolgreichen Modellprojekten sollten konzeptionell weiterentwickelt und von anderen Regionen übernommen werden.

Akteur Kommune

Leitbild zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Eine zentrale Forderung der Teilnehmenden des Dialogforums ist jene nach einem neuen Leitbild zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen. Denn ebenso wichtig wie eine professionelle Lenkung und Steuerung, ist ein klares Bekenntnis zu bürgerschaftlichem Engagement. Dazu sollten das Verständnis der Daseinsvorsorge und die Rolle der Kommune geklärt werden. Jede Kommune kann individuell vor Ort klarstellen, auf welche Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Bedürfnisse bürgerschaftliches Engagement trifft und welche konkreten Ziele für die Zukunft formuliert werden müssen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben hierbei eine besondere Vorbildfunktion.

Bürgerbeteiligung

Für die zukünftige Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen wird eine stärkere Bürgerbeteiligung notwendig sein. Bürgerinnen und Bürger werden lokale Infrastrukturen (z. B. Schwimmbäder, Mobilitätsdienste) zunehmend selbst gestalten müssen und benötigen in ihren Kommunen ein Klima, das Mitsprache und Beteiligung zulässt, wertschätzt und unterstützt. Um mehr Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, müssen die Zugänge zu Beteiligungsstrukturen erleichtert werden. Kommunen sollten vermehrt dezentrale Strukturen für eine bürgernahe Ansprache schaffen.

Rahmenbedingungen

Kommunen sollten das Freiwilligenmanagement professionalisieren und feste Koordinations- und Kooperationsstellen in den kommunalen Verwaltungen schaffen. Strukturen zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement sollten systematisch und langfristig entwickelt und unterstützt werden. Dies bedarf der Entwicklung konkreter Maßnahmen und Ziele sowie einer positiven Haltung zum bürgerschaftlichen Engagement, die in den Kommunen vorgelebt werden sollte. Eine lebendige Anerkennungskultur sollte z. B. durch die Einführung eines „Danke-Schön-Tages“ oder die Vergabe von Ehrenamtskarten etabliert werden. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollten von der Kommune entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden:

- Kontaktpersonen für Vereine und Engagierte
- kommunale Freiwilligenmanager als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Akteure und Themen vor Ort
- das bürgerschaftliche Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern (Corporate Volunteering)
- mit dezentralen und bürgernahen Ansätzen auf die Bedürfnisse der Engagierten vor Ort reagieren
- flexible Serviceleistungen (z. B. eine mobile oder telefonische Ehrenamtssprechstunde) schaffen
- pro Landkreis mindestens eine Freiwilligenagentur einrichten
- Kontinuität durch die Finanzierung hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen
- Bereitstellung von Räumen und Schaffung zentraler Treffpunkte für Engagierte
- auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen
- Mobilitätsprobleme thematisieren und individuelle Strategien zur Lösung entwickeln (Fahrtkostenerstattungen für Engagierte, mobile [Fördermittel-] Beratung anbieten)

Kooperation und Vernetzung

Bürgerschaftliches Engagement funktioniert am besten, wenn alle Akteure verantwortlich eingebunden werden. Kommunen können diesen Prozess unterstützen, indem sie Plattformen zur strategischen Vernetzung schaffen. Dabei sollte auch über kommunale Grenzen hinweg gedacht und die Vernetzung mit anderen Gemeinden und Regionen intensiviert werden.

Ein konkreter Schritt zur Förderung der Vernetzung von Kommunen, Organisationen und Engagierten wäre z. B. die Initiierung von zentral gelegenen Begegnungsstätten, in denen verschiedene Angebote gebündelt werden und die den Bewohnerinnen und



Bewohnern als Treffpunkt dienen. Aufgrund der geografischen Besonderheiten und Mobilitätsprobleme in ländlichen Räumen sollte das Potenzial neuer Medien ausgeschöpft werden. Interaktive Plattformen, die von der Kommune eingerichtet und betreut werden, könnten Vereinen und Engagierten zur Vernetzung, Qualifizierung und Teilhabe dienen.

Akteur Dritter Sektor

Rahmenbedingungen

Um bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen zu stärken, sollten Vereine und Organisationen des Dritten Sektors auf die veränderten Bedürfnisse von Engagierten reagieren. Sie sollten punktuell, projektbezogenes Engagement ermöglichen und niedrigschwellige Angebote schaffen, welche die Vielfalt der Lebensformen und die Veränderungen von Familienstrukturen widerspiegeln. Dazu gehört auch eine stärkere interkulturelle Öffnung von Organisationen, um Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg in bürgerschaftliches Engagement zu erleichtern. Für das Zusammentreffen zwischen Trägern des Dritten Sektors und bürgerschaftlich Engagierten sollten neue Formen und Räume der Begegnung geschaffen werden.

Wichtig für ein nachhaltig gelingendes bürgerschaftliches Engagement sind Planungssicherheit durch Kontinuität bei der Personalkostenförderung^[3] und eine Eigenmittelverantwortung der Vereine. Es sollten zudem verstärkt Informationen über Haftungsfragen, Versicherungsschutz von Engagierten, Richtlinien für Antragsverfahren etc. bereitgestellt werden.

Anerkennung und Öffentlichkeitsarbeit

Der Dritte Sektor kann zur Sensibilisierung für das Thema „bürgerschaftliches Engagement“ in der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung beitragen. Beispiele des guten Gelingens sollten bekannt gemacht und entsprechende Konzepte für andere Organisationen und Regionen zur Verfügung gestellt werden. Um mehr Menschen für ein bürgerschaftliches

[3] Die Forderung nach kontinuierlicher Personalkostenförderung wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Dialogforums nicht spezifisch an eine Akteursgruppe gerichtet, fällt aber vor allem in den Zuständigkeitsbereich von Ländern und Kommunen sowie von Wohlfahrtsverbänden und auch anderen Trägern.

Engagement zu interessieren, sollten der Nutzen und der ideelle Wert von Engagement in den Fokus gerückt und Mitmenschlichkeit als Motivationsfaktor hervorgehoben werden. Dem Dritten Sektor sollten Anreize für eine stärkere Einbeziehung von bürgerschaftlich Engagierten in seine Arbeit gegeben werden.

Kooperation und Vernetzung

Eine intrakommunale und interkommunale Vernetzung von Organisationen des Dritten Sektors untereinander und mit anderen beteiligten Akteuren dient neben dem Austausch von Erfahrungen auch der Kooperation und der Übernahme von Verantwortung unter- und füreinander. Dabei ist es wichtig, Vernetzungshürden abzubauen und bereits bestehende Netzwerke zu stärken, anstatt Doppelstrukturen zu fördern. Der Dritte Sektor sollte, z. B. zur Verbesserung des eigenen Know-Hows, eine Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen der Kommunen anstreben. Ebenfalls empfohlen wird eine enge Kooperation mit Mehrgenerationenhäusern und Stellen der Seniorenvertretung und -beratung.

Wissenstransfer

Der Dritte Sektor sollte Werkzeuge für die Zusammenarbeit verschiedener Akteure entwickeln und bereitstellen. Ein inzwischen bewährtes Verfahren ist die „Marktplatzmethode“ der Bertelsmann Stiftung, bei der gemeinnützige Organisationen und Unternehmen zusammengebracht werden um Kooperationen auszuhandeln. Diese Methode kann weiter verbreitet werden. Kleinere Vereine und Organisationen sollten mit konkreten Informationen zu Finanzmanagement, Rechts- und Versicherungsfragen unterstützt werden.

Akteur Wirtschaft und Stiftungen

Wirtschaft

Die Wirtschaft trägt durch die Schaffung regionaler Beschäftigung und die Aufrechterhaltung von Versorgungsstrukturen maßgeblich zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume bei. Zudem übernehmen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung der unterschiedlichsten Formen.

Stiftungen

Stiftungen können die Weiterentwicklung von bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen durch die Bereitstellung verschiedener Ressourcen

unterstützen. Zu ihrem Beitrag könnten die Begleitung und Förderung von Forschungsprojekten zur Erhebung und Analyse von Daten sowie auch die Erarbeitung neuer Strategien gehören. Zusätzlich können Stiftungen durch die Vernetzung von Akteuren zur Sensibilisierung für dieses Thema beitragen. Bürgerstiftungen können als unabhängiger Akteur vor Ort agieren, Zeit, Geld und Ideen bereitstellen und ihre Vorhaben öffentlich sichtbar und „kopierbar“ machen.

Modellprojekte

Stiftungen sollten Elemente von bürgerschaftlichem Engagement in möglichst allen von ihnen initiierten bzw. finanzierten Modellprojekten verankern und so eine breite Entwicklung von Partizipationsstrukturen ermöglichen. Die Initiierung von Modellprojekten sollte in Zusammenarbeit mit Kommunen und anderen Akteuren geschehen. Erfahrungen und Erkenntnisse sollten bundesweit bekannt gemacht werden, um auch in anderen ländlichen Regionen genutzt werden zu können.



Vernetzung

Unternehmen sollten mehr in regionale Dialoge eingebunden werden und gemeinsam mit verschiedenen Akteuren die jeweiligen Bedarfe und Potenziale der Region herausarbeiten. Insbesondere der Einzelhandel in ländlichen Räumen könnte verstärkt in interkommunale Kooperationen treten. Erfolgreiche Beispiele hierfür gibt es bereits.

Akteur Wissenschaft und Forschung

Die Wissenschaft kann die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen durch die Durchführung von Forschungsvorhaben

und die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten unterstützen. Die Engagementforschung sollte dabei vermehrt kleinräumig, auf lokalen Ebenen durchgeführt werden und Befragungen der Bevölkerung vor Ort beinhalten, um regionale Prozesse offenzulegen und somit eine gezielte Förderung zu erreichen. Potenzielle Themen für die zukünftige Forschung sind:

- Was unterstützt bürgerschaftliches Engagement, was verhindert es?
- Was sind Gründe für den Ausstieg aus dem bürgerschaftlichen Engagement?
- Was macht erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement speziell in ländlichen Räumen aus?



Frage 2: Welche Organisationsformen sind in ländlichen Räumen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sinnvoll?

Organisationsformen für erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement können unterschiedlichster Natur sein. Zu ihnen gehören Stiftungen, Vereine, Initiativen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Genossenschaften und Freiwilligenagenturen. Wichtig ist, dass die jeweilige Organisationsform den lokalen Bedürfnissen angepasst, auf diese ausgerichtet und von Akteuren vor Ort bestimmt wird.

Strukturen und Steuerungsmechanismen, in denen sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln soll, müssen flexibel sein und auch jenseits traditioneller Muster agieren können. Dabei dürfte auch eine Weiterentwicklung der Wohlfahrtsverbände diskutiert werden.

Als eine Organisationsform mit großen Potenzialen für die Zukunft werden Bürgerstiftungen gesehen. Sie

können als nachhaltige, lokale Partner und unabhängige Kofinanzierer auftreten. Allerdings stellt das nötige Startkapital von mindestens 50.000 Euro gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen oft eine große Hürde dar. Der Aufbau von Investmentfonds durch Banken für alternative Organisationsformen wäre eine zusätzliche Form der Unterstützung, die aus der Wirtschaft heraus kommen könnte.

Bei der Planung von Organisationsformen sollten neben der Zivilgesellschaft auch der Staat und der Markt sowie regionale Unternehmen mit einbezogen und transsektorale Vernetzungen angestrebt werden.

Frage 3: Wie können Maßnahmen der Regionalentwicklung mehr auf die Stärkung des Bürgerengagements gelenkt werden?

Bürgerschaftliches Engagement sollte als Aufgabe der Regionalentwicklung verankert und in Kooperation aller beteiligten Akteure / Fachbereiche realisiert werden. Dafür sind Strukturen neu zu definieren und die Frage „Was braucht der Bürger?“ in den Mittelpunkt zu stellen. Regionale Entwicklungsprozesse sollten für Bürgerinnen und Bürger transparent gestaltet und entbürokratisiert werden. Zudem wird die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen gefordert. So sollten z. B. bestimmte Formen der Beteiligung und Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger gesetzlich verankert werden.

Es bedarf eines breiten Sensibilisierungsprozesses für Themen des bürgerschaftlichen Engagements. Hier könnte eine gezielte und strukturierte Öffentlichkeitsarbeit den gesellschaftlichen Nutzen von Engagement deutlich und erfolgreiche Modelle bekannt machen. Themen des bürgerschaftlichen Engagements und Methoden der Weiterentwicklung sowie „Vermarktung“ sollten in die Ausbildung von Regionalmanagern integriert werden.

Regionale Fonds sind verstärkt einzurichten und Akteure aus der Region bei der Vergabe von Fördermitteln zu berücksichtigen. Das Konzept der Bürgerhaushalte, die an das Votum der Bürgerinnen und Bürger gebunden sind, sollte weiter verbreitet werden. Die Aufgabe der Regionalentwicklung sollte nicht nur auf die Finanzierung von Projekten beschränkt sein, sondern auch Projektentwicklung, -umsetzung, -begleitung und -evaluation beinhalten.

Kommunen können die Regionalentwicklung unterstützen, indem sie Verwaltungsprozesse vereinfachen, damit beschleunigen – und so das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung auf der einen sowie Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite stärken.

Frage 4: Wie können traditionelle Formen des Engagements in ländlichen Räumen zukunftsorientiert weiterentwickelt werden?

Neue Engagementformen sind auch in ländlichen Räumen präsent, bedürfen aber weiterer Maßnahmen und Förderungen, um sie nachhaltig zu gestalten. Die Initiatoren neuer, oft sehr kleiner Projekte benötigen externe, professionelle Unterstützung und Beratung. Erfolgreiche Modelle sollten öffentlich gemacht und Best-Practice-Methoden für andere Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Weiterentwicklung von Engagementformen in den ländlichen Räumen sollte daher in Kooperation aller beteiligten Akteure stattfinden. Interkommunale aber auch bundesweite Netzwerke können hier zur gegenseitigen Unterstützung und zum Austausch dienen.

Um einer möglichen Konkurrenz zwischen Vereinen und Projekten um Förderetats entgegenzuwirken, wäre eine Bereitstellung von Drittmitteln und Ressourcen wünschenswert. Statt hier kleinteilig zu agieren, sollte die Förderung durch die „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILE) regional abgestimmt werden.

Die Forschung sollte die Entwicklung zukunftsorientierter Engagementformen durch die Schaffung einer breiten Datenlage und wissenschaftliche Evaluation von Projekten unterstützen.

Frage 5: Was müssen die verschiedenen Akteure bereitstellen, damit das Interesse von Jugendlichen geweckt wird?

Für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement Jugendlicher sollten kreative und experimentelle Ansätze entwickelt werden. Vor Ort sollten gemeinsam mit Jugendlichen individuelle Bedarfe identifiziert werden, um Angebote zu schaffen, die über traditionelle Engagementangebote, z. B. in Vereinen, hinausgehen. Bewährt haben sich niedrigschwellige, projektbezogene Engagementformate, die Jugendlichen eine Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen, und an deren Ende ein „Produkt“ entsteht.

Jugendprojekte können oft schon von kleinen Förderungen (z. B. Räume, Arbeitsmaterialien etc.) profitieren. In den Kommunen sollten Kooperationen zwischen Schulen, Organisationen des Dritten Sektors, Unternehmen und Jugendprojekten diskutiert und Ressourcen gemeinsam genutzt werden. Speziell für Jugendliche in ländlichen Räumen stellt Mobilität häufig eine Barriere zum bürgerschaftlichen Engagement dar. Mobilitätsprobleme sollten thematisiert und andere Zugänge (z. B. Internetbeteiligung) angeboten werden. Wünschenswert wäre die dezentrale Ausrichtung der Modelle. Man sollte die jungen Menschen dort abholen, wo sie sind.

Jugendliche müssen Anerkennung für ihr Engagement erfahren. Dies sollte in unterschiedlichen Rahmen stattfinden. Denkbar wären z. B. Vergünstigungen für regionale Freizeitangebote (ähnlich der Ehrenamtskarte in Niedersachsen) oder die Anerkennungsbekundung während offizieller Veranstaltungen, zu denen Jugendliche geladen werden. Ein besonderer Motivationsanreiz für Jugendliche besteht darin, selbst Verantwortung für Projekte zu übernehmen.



Freiwilligendienste, wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr oder der Bundesfreiwilligendienst, sollten bei Jugendlichen noch stärker als Option für eine Auszeit nach Beendigung der Schule bekannt gemacht werden. Gleichzeitig wäre die Schaffung niedrigschwelliger Formen von Freiwilligendiensten wünschenswert, um auch solche Jugendliche zu erreichen, die sich von den herkömmlichen Diensten nicht angesprochen fühlen. Arbeitsmarkt- und Engagementpolitik sollten dabei zusammenarbeiten und Konkurrenzen zwischen beiden Bereichen so möglichst aufgehoben werden.

4.c. Zusammengefasste Stellungnahmen zu den Ergebnissen

Im weiteren Verfahren wurden Stellungnahmen von Stiftungen, Unternehmen, Organisationen, Verbänden und Institutionen aus diesem Themenbereich zu den Kernaussagen des Dialogforums erbeten. Leider war der Rücklauf gering. Es wurde die Möglichkeit eingeräumt, die Aussagen bewertend zu kommentieren und Ergänzungsvorschläge zu machen. Zusätzlich wurden die Ergebnisse online veröffentlicht und allen Interessierten die Möglichkeit zur Kommentierung angeboten. An dieser Stelle sollen die Anmerkungen und Kommentare der Stellungnahmen und Onlinekommentierung zusammengefasst werden. Da einige Stellungnahmen an dieser Stelle aufgrund ihres Umfangs nur zusammengefasst dargestellt werden konnten, befinden sich die Originalanschreiben im Anhang dieser Dokumentation.

Die Kernaussagen des Dialogforums wurden in den Stellungnahmen generell begrüßt; es seien viele wichtige Aspekte genannt worden, die aufgrund ihres praxisnahen Bezugs auch umsetzbar seien.

Dr. Angela Kunz, Leiterin des Referats 23, Ländliche Entwicklung des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, merkte ergänzend an, dass sowohl die dörfliche wie auch die integrierte ländliche Entwicklung noch stärker als wichtige Betätigungsfelder in Betracht gezogen werden müssen. Dort sollten Handlungsbedarfe als Arbeitsgrundlage dienen, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst identifiziert wurden.

Harald Koch, Mitglied des Deutschen Bundestages, DIE LINKE und Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Bundestag stimmte der wichtigen Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen zu. Er merkte aber gleichzeitig an, dass dies nur als „soziales Plus“, jedoch nicht als „Lückenbüßer“ für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge dienen sollte. Eine stärkere Eigenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger sollte

auch von der politischen Ebene unterstützt werden. In einem Aufbauprogramm für ländliche Räume sollte bürgerschaftliches Engagement Begleitmoment, nicht Hauptakteur sein. Er wies zudem auf die große Bedeutung einer stabilen ländlichen Ökonomie wie auch eines unternehmerfreundlichen Klimas hin. Engagierte sollten erneut nur „flankierend“ neben qualifizierten Beschäftigten agieren. Harald Koch stimmte den Kernaussagen bezüglich der Rolle von Freiwilligendiensten zu, stand aber dem Passus, dass Freiwilligendienste „noch stärker als Option für eine Auszeit nach der Schule“ gelten sollten, kritisch gegenüber.

Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hielt die Positionierungen des Dialogforums für gelungen. Sie regte aber als Ergänzung an, verstärkt Anknüpfungsmöglichkeiten für Dienste und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu prüfen.

Cornelia Behm, Mitglied des Deutschen Bundestages, Sprecherin für Ländliche Entwicklung, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, beschrieb in ihrer Stellungnahme die Bedeutung von freiwilligen Leistungen zum Wohle der Gemeinschaft. Insbesondere ländliche Regionen mit einem geringen öffentlichen kulturellen und sozialen Angebot sind auf das Engagement von Freiwilligen angewiesen, um die Lebensqualität zu erhalten und Menschen zum Bleiben zu ermutigen. Besondere Beachtung sollten dabei neue Formen der Beteiligung erfahren, die interessierten Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten bieten sich einzubringen. Als Beispiele für diese neuen Beteiligungsformen führte sie Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren sowie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Ausarbeitung von Dorfentwicklungsplänen an. Aber auch Engagement abseits des politischen Bereichs sollte gefördert werden, indem Kommunen die Leistungen anerkennen und durch einen aktiven Dialog unterstützen. Bund und Länder sollten durch entsprechende Förderprogramme Engagement in den Fokus rücken.

Wolfgang Wähnke, der als Vertreter der Bertelsmann Stiftung am Dialogforum teilgenommen hatte, wies in seiner Stellungnahme vor allem auf die wesentliche Rolle der Kommunen zur Sicherung der Daseinsvorsorge hin. Bürgerschaftliches Engagement sei für die Sicherung der kommunalen Lebensqualität unverzichtbar. Anknüpfend an Erfahrungen aus Workshops der Bertelsmann Stiftung (www.workshops-fuer-kommunen.de) stellte er Erfolgsfaktoren für eine demografiesensible Kommunalpolitik heraus. Zu diesen gehörte u. a. ein strategisches Vorgehen bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, die Vernetzung von Akteuren mit Bürgerinnen und Bürgern sowie die Entwicklung einer Anerkennungskultur und auch eine externe Begleitung.

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Lebendige Dörfer“, Wolf-Christian Schäfer, betonte die große Bedeutung der Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten. Diese könne und solle in vielfältigen Formen geschehen, u.a. auch als Teil berufsqualifizierender Ausbildung. Bürgerinitiierte Projekte bedürften einer kontinuierlichen Begleitung durch externes Coaching. Dazu sei in einigen Regionen zunächst eine Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zur Vorbereitung auf verstärkte Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten erforderlich. Einrichtungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit müssten langfristig planen können und mit den entsprechenden (personellen) Ressourcen ausgestattet sein. Zudem wurde angeregt, bürgerschaftliches Engagement stärker mit Aktivitäten der Volkshochschulen vor Ort zu verknüpfen.

Thomas Klepel vom Naturpark Dübener Heide betonte, dass integrierte Planungen (wie z. B. Naturpark Entwicklungskonzeptionen) eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung ländlicher Räume seien. Die Erstellung bzw. periodische Aktualisierung dieser Konzepte durch regionale Gemeinschaften solle durch die Politik von Bund, Land und Kommune gesichert werden.

Auch Dr. Stefan Ewert aus dem Referat SW 25 – Ländliche Infrastruktur, Kulturlandschaften des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, begrüßte die Aussagen des Dialogforums als praxisbezogen und umsetzbar. Ohne vermehrtes bürgerschaftliches Engagement in Verbindung mit größerer Handlungsfreiheit der Kommunen werde es nur schwer möglich sein, die Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten. Nachhaltige ländliche Entwicklung erfordere vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden.

Dabei gelte es, sich mehr als bisher auf die spezifischen regionalen Erfordernisse zu konzentrieren. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bündele seine Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Regionen seit 2010 unter dem Dach der „Initiative Ländliche Infrastruktur“. Die Initiative setze bewusst auf die regionalen Stärken und auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, um in Regionen neue Perspektiven aufzuzeigen. Ein Kernelement der Initiative sei das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, ein weiteres der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“, mit dem beispielhafte Lösungen für eine nachhaltige Infrastrukturversorgung ausgezeichnet werden. Eine zweite Wettbewerbsrunde sei Ende 2011 gestartet worden und suche leistungsfähige Mobilitätsangebote in ländlichen Räumen. Viele der Kernaussagen des Dialogforums kämen bereits in den laufenden Maßnahmen des BMVBS zum Tragen. Dazu zählten:

- eine frühzeitige Planung bedarfsgerechter Infrastruktur,
- mehr Eigenverantwortung für Kommunen,
- eine stärkere Einbeziehung von Freiwilligen und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements,
- umfassende Vernetzung und enge Kooperation mit verschiedenen Akteuren,
- verstärkte Werbung und Bekanntmachung guter Beispiele und Projekte.



5. Empfehlungen zur weiteren Entwicklung



Etikette

was

und Perspektiven

Punkte

wichtigste

fest

haben

5. Empfehlungen zur weiteren Entwicklung

Die Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation verfolgte mit dem Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“ das Ziel, im Zusammenspiel aller beteiligten Akteursgruppen Vorschläge zur Konsolidierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Regionen zu erarbeiten. Ausgehend von den Beiträgen der Expertinnen und Experten, den Kernaussagen des Dialogforums, den Anmerkungen aus den Stellungnahmen und der Online-Beteiligung wurden die folgenden Empfehlungen formuliert.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema „ländliche Räume“ sollte nicht zwangsläufig davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um ein „Problemgebiet“ handelt. Demografische, soziale und ökonomische Entwicklungen vollziehen sich regional unterschiedlich und führen zu differenzierten Problemlagen. Dennoch stehen ländliche Räume oft vor besonderen Herausforderungen, wie etwa geringer Einwohnerdichte bei relativ großer Fläche, einem weniger dicht ausgebauten Netz sozialer Versorgungsstrukturen, der Ausdünnung öffentlicher und privater Dienstleistungen etc. Inzwischen hat sich die Sichtweise etabliert, dass die daraus resultierenden Aufgaben ohne eine weitere Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und Veränderungen im Zusammenspiel von Staat, Markt und Zivilgesellschaft kaum zu bewältigen sein werden.

Die Veranstaltung machte wieder einmal deutlich, dass die ländlichen Regionen Deutschlands bereits über vielfältiges bürgerschaftliches Engagement ebenso wie auch über eine aktive Zivilgesellschaft verfügen. Dieses Engagement sollte anerkannt und weiter gefördert werden. Gleichzeitig muss aber auch die Entwicklung neuer und innovativer Formen bürgerschaftlicher Tätigkeiten vorangetrieben werden.



Bund / Länder

Noch stärker als in städtischen Gebieten gibt es in ländlichen Räumen ein komplexes Konstrukt von Zuständigkeiten und Verwaltungsstrukturen. Daraus resultieren Schwierigkeiten bei der klaren Benennung von Verantwortungsbereichen, der effizienten Koordination von Fördermaßnahmen und der Vermeidung von Doppelstrukturen. Obgleich der Bund entsprechend der verfassungsmäßigen Zuständigkeitsverteilung Prozesse anstoßen kann und die Länder und Kommunen für viele Aufgaben zuständig sind, sollte gleichwohl in einem engen Zusammenspiel an einem Gesamtkonzept zur Förderung ländlicher Räume gearbeitet werden. In dieses Konzept ist bürgerschaftliches Engagement als wichtiger Bestandteil zu integrieren und über Zuständigkeitsgrenzen hinweg ist zu versuchen, die derzeit knappen Finanzmittel zu bündeln. Ein Schwerpunkt dieser Förderkonzepte sollte auf die Übertragung von mehr Eigenverantwortung und Handlungskompetenzen an Regionen gerichtet sein, zumal diese am besten auf die konkreten Problemlagen vor Ort reagieren können.

Bund und Länder sollten unter dem Leitbild eines „ermöglichenden Staates“ zur Sicherung und Weiterentwicklung von Engagementstrukturen beitragen. Von Seiten der Politik sollte ein Rahmen vorgegeben wer-

den, der eine stärkere Eigenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger unterstützt und gleichzeitig flexible regionale Ansätze zulässt. Integrierte Entwicklungskonzeptionen, in denen kooperierende Kommunen selbst und über Sektorengrenzen hinweg Strategien erarbeiten, sind dabei eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung ländlicher Räume. Die Erstellung und Aktualisierung dieser Konzeptionen durch regionale Gemeinschaften aus Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Wirtschaft sollte durch Bund und Länder gesichert sein.

Ein weiteres Themengebiet, dem sich Bund und Länder auch in Zukunft annehmen sollten, ist das der Mobilität. Ländliche Räume verfügen kaum über dichte Angebote von Freizeit-, Kultur- und Unterstützungsdiensten, wie sie in städtischen Gebieten gegeben sind. Die Teilhabe an der Gesellschaft verlangt von den Bürgerinnen und Bürgern einen hohen Grad an Mobilität. Menschen, die diese nicht aus eigener Kraft aufbringen können, sind auf vorhandene Strukturen an ihrem Wohnort sowie auf ehrenamtliches Engagement aus ihrem Umfeld (z. B. im Sinne von Bürgerbussen) angewiesen. Erforderlich sind daher neue Mobilitäts- und Transportlösungen.



Ebenso führt der Mangel an flächendeckend verfügbaren, leistungsfähigen Internetverbindungen zu sozialen und wirtschaftlichen Chancenunterschieden. Die Breitbandversorgung in ländlichen Räumen sollte aus diesem Grund verbessert werden.

Kommune

Kommunen tragen die größte Verantwortung in der Entwicklung von Perspektiven für ihr direktes Umfeld. Ihnen kommt daher eine besonders zentrale Funktion

bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen zu. Zivilgesellschaftliche Prozesse lassen sich am leichtesten auf lokaler Ebene umsetzen, Defizite werden hier zuerst spürbar. Gleichzeitig ist bürgerschaftliches Engagement zur Sicherung der kommunalen Lebensqualität und Identität unverzichtbar. Kommunen sollten vor Ort Rahmenbedingungen schaffen, in denen gesellschaftliche Engagementpotenziale am wirksamsten zum Tragen kommen. Dazu gehören die professionelle Lenkung und Steuerung von bürgerschaftlichem Engagement, die kontinuierliche Bereitstellung entsprechender Ressourcen und auch die stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen. Wichtig ist darüber hinaus neben der Stärkung interkommunaler Kooperationen auch eine engere Zusammenarbeit mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Dritter Sektor

Bürgerschaftliches Engagement steht aktuell und zukünftig neuen Herausforderungen und veränderten Bedürfnissen gegenüber. Organisationen des Dritten Sektors sollten hierauf verstärkt reagieren. Sie können ihre besondere Stellung als Hauptort des stattfindenden Engagements zur Sensibilisierung von Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung nutzen. Für die Akquise von Engagierten sollten sowohl der gesellschaftliche als auch der individuelle Nutzen von Engagement stärker in den Fokus gerückt werden. Kooperation und Vernetzung zum Wissenstransfer und Austausch mit anderen Akteuren werden empfohlen.

Wirtschaft

Die Wirtschaft trägt durch die Schaffung regionaler Beschäftigung und die Aufrechterhaltung von Versorgungsinfrastrukturen maßgeblich zum Erhalt der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume bei. Vor allem kleine und mittelständische Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen, zunehmend auch hochtechnologisierte Produzenten erneuerbarer Energien, prägen das ökonomische Bild in ländlichen Regionen. Die Stärkung eines unternehmensfreundlichen Klimas in Dörfern und Gemeinden ist aus Sicht des bürgerschaftlichen Engagements zu begrüßen.

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in ländlichen Gebieten ist ein in der Engagementforschung noch wenig beleuchtetes Thema. Hier kann eine Weiterbefassung mehr Klarheit verschaffen. In ländlichen Regionen ansässige Firmen sollten bürgerschaftliches Engagement (z. B. im Sinne von Corporate Social Responsibility Strategien) verstärkt in ihre Strukturen integrieren, Engagement vor Ort gezielt unterstützen sowie das Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Corporate Volunteering) ermöglichen und anerkennen.

Stiftungen

Stiftungen können auch in ländlichen Räumen große Wirkung entfalten. Als unabhängiger Impulsgeber zu aktuellen Themen wirken sie in zivilgesellschaftliche Prozesse hinein. Insbesondere Bürgerstiftungen bilden aufgrund ihres engen Bezugs zur Region ein wichtiges Instrument der ländlichen Entwicklung. Allerdings stellt das benötigte Startkapital von mindestens 50.000 Euro gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen oft eine große Hürde dar. Hier bedarf es ggfs. einer Flexibilisierung und alternativer Konzepte, damit in Zukunft noch mehr Bürgerstiftungen ihr Potenzial zur Unterstützung der Aufgabenbereiche im ländlichen Raum einbringen können.

Demografische Entwicklungen

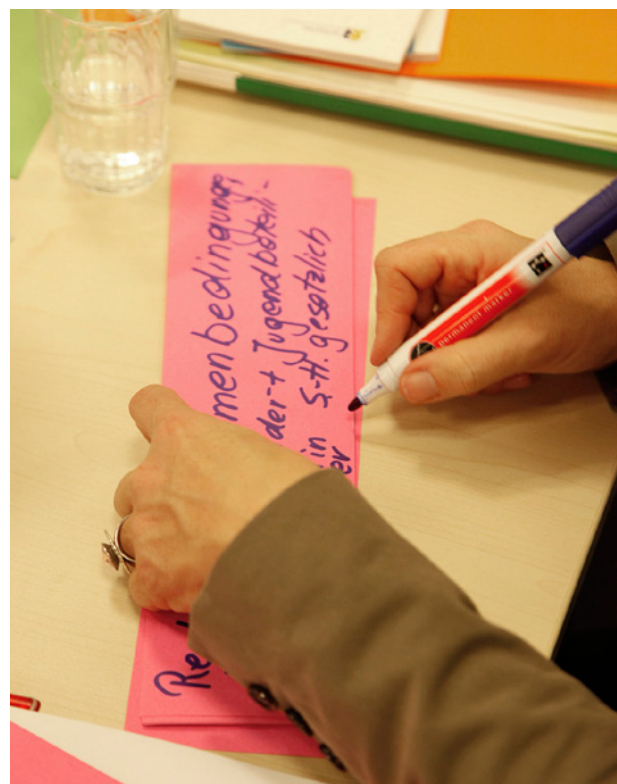
In Anbetracht der prognostizierten demografischen Entwicklungen, die sich in einigen ländlichen Gebieten besonders gravierend auswirken werden, gilt es das Engagement älterer Menschen stärker als Potenzial wahrzunehmen. Durch die Förderung des zielgruppenspezifischen Engagements Älterer können deren Zeitressourcen und Lebens- bzw. Berufserfahrung für das Gemeinwohl nutzbar gemacht und die Zunahme der älteren Bevölkerung als Chance für die Zukunftsgestaltung gesehen werden.

Das Format der „Demografie-Checks“^[4] bietet Kommunen ein Instrument, um Entscheidungen auf un-

terschiedlichen Ebenen vor dem Hintergrund der jeweiligen demografischen Entwicklungen zu treffen. Es wird jedoch davon abgeraten, sämtliche Probleme dem demografischen Wandel zuzuschreiben; vielmehr handelt es sich häufig auch um Fehlentwicklungen und Standortnachteile.

Jugend

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Räumen. In einigen Gemeinden führt der zunehmende Anteil älterer Menschen zu einer verringerten Angebotsdichte für junge Menschen. Hier bedarf es des Umdenkens und zudem einer stärkeren spezifischen Betrachtung der besonderen Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Räumen. Für die „Bleibeorientierung“ von jungen Erwachsenen ist es von zentraler Bedeutung, wie sie ihre Jugend vor Ort erlebt haben. Bürgerschaftliches Engagement bietet hervorragende Ansatzpunkte, um Jugendlichen das Gefühl zu vermitteln, eigene Gestaltungsmöglichkeiten zu haben und sich in ihren Dörfern und Regionen einbringen zu können. Dafür ist es aber notwendig, dass durch die Bereitstellung von erforderlichen Ressourcen die Grundvoraussetzungen für Partizipation geschaffen werden. Schule kann hier zum Ort der Sensibilisie-



[4] Als Demografie-Checks werden verschiedene Verfahren zur Erhebung der Bevölkerungsentwicklung bezeichnet. Anhand der Analyse von Alterstruktur und deren Auswirkungen auf die Region können langfristige Lösungskonzepte entwickelt werden.

rung für bürgerschaftliches Engagement werden, da bisher nur hier alle jungen Menschen gleichermaßen zu erreichen sind. Wichtig ist zudem, dass Ansätze gemeinsam mit Jugendlichen entwickelt werden und sich an den tatsächlichen Problemlagen junger Menschen vor Ort orientieren.

Freiwilligendienste, insbesondere als Angebote für junge Menschen in der Übergangsphase zwischen der Schule und dem Berufsleben, ermöglichen neben dem gesellschaftlichen Nutzen auch wichtige individuelle Lernprozesse und sollten weiter gefördert werden.

Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands

Bei der Beschäftigung mit dem Thema „bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen“ muss auch auf die besonderen Bedingungen und Herausforderungen in Ostdeutschland hingewiesen werden. Sie waren seit der Wiedervereinigung einem tief greifenden Strukturwandel unterworfen. Wirtschaftliche Probleme, demografische Schrumpfung und Abwanderung wirken sich dort besonders drastisch aus. Studien wie der Freiwilligensurvey und der Engagementatlas 2009 zeigen, dass die Engagementquoten



in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands niedriger sind als in anderen Regionen. Sie deuten außerdem an, dass Engagement dort vielfach anders organisiert stattfindet als in Westdeutschland. Es gibt bereits Modellprojekte und innovative Konzepte zur Engagementförderung, die die Besonderheiten der ländlichen Regionen in den neuen Bundesländern berücksichtigen. Diese gilt es weiter zu fördern und auszubauen.

„Neues“ Engagement

In der neueren Engagementforschung zeigen sich Prozesse des Wandels und der Individualisierung: Menschen suchen nach wie vor Sinn stiftende Tätigkeiten, möchten diese aber nicht unbedingt immer im Rahmen vorhandener Vereinsstrukturen einbringen. In den Fokus treten neben Vereinen zunehmend auch andere Formen, wie z. B. dörfliche Interessengruppen und Bürgerinitiativen. Auch die Motivationsstrukturen der Engagierten verlagern sich. Darin liegen neue Chancen zum Erreichen von Engagementbereiten, die sich Angebote jenseits des traditionellen Ehrenamts wünschen. Es entsteht somit Handlungsbedarf auf Seiten der Organisationen, Einrichtungen und Vereine, auf die veränderten Bedürfnisse und Wünsche der Engagierten zu reagieren und gezielte Marketingstrategien zur Ansprache zu entwickeln.

In der zukünftigen Debatte sollten bürgerschaftliche Initiativen und lokale Aktionsgruppen, die (z. B. als Sozialunternehmen) in regionale Wirtschaftskreisläufe hineinwirken, eine größere Rolle spielen.

Anerkennung, Wertschätzung und Good Practice

Auf allen Ebenen bedeutsam sind Anerkennung und Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements. Dafür müssen geeignete, ggfs. auch neue Formen entwickelt und weiter etabliert werden. Zu den im Dialogforum, in Stellungnahmen und in Onlinebeteiligungen genannten Formen gehören u. a. die Bereitstellung von Fortbildung und Qualifizierung als Anreiz für Engagierte, die verbreitete Einführung von Ehrenamts-cards sowie die Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten als Teil berufsqualifizierender Ausbildung. Für Organisationen und Vereine ist die kontinuierliche Förderung über Projektphasen hinaus eine der wichtigsten Formen der Anerkennung geleisteter Arbeit.

Zur Etablierung einer Anerkennungskultur von Engagement gehört auch das Herausstellen guter Vorbilder. Es existieren bereits zahlreiche Good Practice Beispiele und vorbildliche Modellprojekte, auf die zurückgegriffen werden kann. Präsentationen besonders effizienter Beispiele auf landesübergreifender Ebene können zur Sensibilisierung und Schulung von „Nachahmern“ beitragen. Hierzu be-

darf es einer verstärkten Werbung und Bekanntmachung guter Beispiele und Projekte.

Informationen, Ansprechpartner, Qualifizierung

Bürgerschaftliches Engagement spielt sich nicht in einem rechtsfreien Raum ab. Gerade kleinere Organisationen und Vereine weisen oft auf einen hohen Bedarf an Informationen zu Versicherungsschutz, Haftung und Aufwandsentschädigung hin. Diesbezüglich müssen umfassende Informationen bereitgestellt und die Unterstützungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

Denkbar und relativ leicht umzusetzen sind neben Internetauftritten wie www.engagiert-in-deutschland.de auch Broschüren, die zur besseren Veranschaulichung mit Fallbeispielen angereichert sind – sowie mit Handreichungen zu verschiedenen Beteiligungsprozessen und zur Übertragung von Good Practice Konzepten. Als zentrale Forderung erwies sich in diesem Zusammenhang zudem auch die Rolle von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für bürgerschaftliches Engagement vor Ort. Diese sollten Engagierten und Projekten mit Beratung und Auskunft zur Seite stehen. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten ländlicher Räume sind hier vor allem flexible, ortsnahe und mobile Angebote gefragt.

Einen weiteren wichtigen Themenbereich stellt die Qualifizierung und Sensibilisierung von Hauptamtlichen für Fragen der professionellen Kooperation und Begleitung von Freiwilligen dar. In Zukunft sollten verstärkt regionale Qualifikationsmodelle entwickelt und bereitgestellt sowie querschnittsorientierte Fortbildungen von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zur Vorbereitung auf die effektive Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements angeboten werden. Außerdem bedarf es ausreichender Quali-

zierungsangebote für freiwillig Engagierte im Sinne von Einarbeitungsangeboten, praxisbegleitender Qualifizierung und Fortbildungen. Hier ist eine stärkere Verknüpfung mit Aktivitäten der Volkshochschulen (VHS) denkbar. Dies bedürfte aber in einigen Regionen der Dezentralisierung von VHS-Angeboten.

Das Thema „Aufwandsentschädigungen für Engagement“ sollte unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Sozialleistungen und Aufwandsentschädigungen für Ehrenämter näher betrachtet werden, um Hürden zur bürgerschaftlichen Aktivierung von Erwerbslosen abzubauen.



Aus den Herausforderungen, vor denen ländliche Räume derzeit stehen, ergeben sich sowohl neue Chancen für zivilgesellschaftliche Lösungen als auch neue Akteurs-Konstellationen. Ländliche Regionen können ihre Zukunftsfähigkeit wahren, wenn sie ihre jeweiligen Stärken nutzen. Dabei gibt es keine einheitliche, für alle Regionen gleichermaßen passende Strategie. Die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements müssen aber realistisch eingeschätzt werden: Bürgerschaftliches Engagement kann weder die Daseinsvorsorge allein aufrechterhalten, noch darf es als Einsparpotenzial für öffentliche Haushalte dienen. Vielmehr muss es einen eigenen Stellenwert in der Gesellschaft einnehmen.

Anhang

a. Kurzexpertisen der Expertinnen und Experten

Kurzexpertise, Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung

Zivilgesellschaft im ländlichen Raum

Erkenntnisse der Freiwilligensurveys von 1999, 2004, 2009

Alte und neue Länder unterscheiden

Über Probleme des ländlichen Raums zu reden, heißt vor allem über die neuen Länder reden. Geht es hingegen um Stärken, dann sind bisher eher die alten Länder gemeint. Die Siedlungsstruktur der alten und neuen Länder ist *sehr verschieden*. Der traditionelle Typ des ländlichen Milieus mit eher geringer Konzentration der Bevölkerung ist (quantitativ) für die alten Bundesländer nicht mehr typisch. Nur noch ein Viertel der Bevölkerung wohnt in diesem Milieu, während das in den neuen Ländern sogar auf die Hälfte zutrifft. Letztere sind der Siedlungsweise (nicht aber der Produktionsweise) nach eine zum großen Teil ländliche Gesellschaft, aber im Unterschied zu den alten Ländern haben sich die herkömmlichen Besonderheiten dieses Milieus heute stark verwischt. Fast die Hälfte der Bevölkerung der alten Länder wohnt einigermaßen großstadtnah (aber nicht in großen Ballungskernen), und auch wenn man vom großstädtischen Milieu weiter entfernt wohnt, dann zumeist in relativ verdichteten Siedlungsgebieten. In den neuen Ländern polarisiert dagegen die Siedlung in klassischer Weise zwischen Großstadt und relativ isolierter ländlicher Fläche. Die Stadt hat sich hier noch weit weniger in den ländlichen Raum ausgedehnt.

Im Westen haben die Stadt und die verdichtete Lebensweise die Fläche des Landes in ungleich stär-

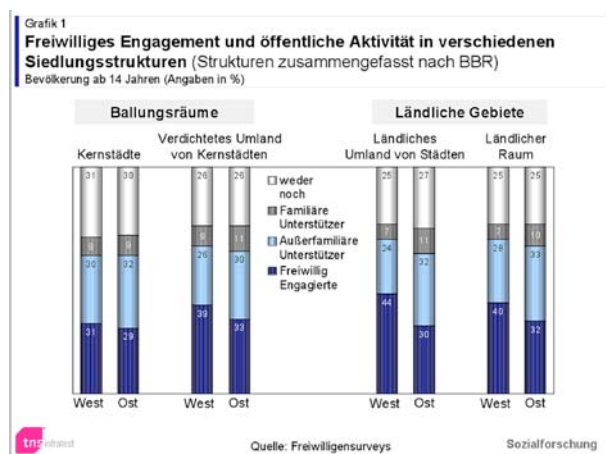
kerer Weise erobert – aber so, dass eine Art *Zwischending zwischen Stadt und Land* entstanden ist, in dem ländliche Traditionen mit moderner städtischer Lebensweise verbunden sind. Der Veränderung der Siedlungsweise in der Bundesrepublik seit dem zweiten Weltkrieg schloss sowohl eine Vergrößerung stadtnaher kleiner Orte als auch die Ausdehnung der Städte zu Ballungsräumen ein. Gerade in den Zwischenmilieus von Stadt und Land wohnt jene große neue Mittelschicht, die in der Bundesrepublik seit dem zweiten Weltkrieg entstanden ist. Dass viele Menschen in den neuen Ländern in eher isolierten regionalen Strukturen leben, ist an sich schon ein strukturelles Problem für die Zivilgesellschaft: Die Abwanderung ist groß, der öffentliche Verkehr ist ausgedünnt und in vielen Siedlungen fehlen die öffentlichen Orte (Claudia Neu).

In der Tat ist das freiwillige Engagement in den neuen Ländern jenseits der Kerne der Ballungsräume und verdichteten Randgebiete *viel niedriger* als in den alten Ländern (Grafik 1), ganz besonders in den an die verdichteten Zonen der Ballungsräume anschließenden weniger verdichteten Räumen. In den sehr dünn besiedelten ländlichen Räumen ist der Unterschied zwischen Ost und West nicht ganz so extrem.^[5] Entscheidender als die Strukturprobleme ist jedoch, dass die Kultur der ländlichen Räume in den neuen Ländern durch die LPG-Kultur der DDR zum großen Teil eine großbetriebliche und arbeitnehmerhafte Struktur erhalten hatte. Die sozial-kulturelle Konstanz war nach der Wende höher als in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg, als zunächst als Kriegsverbrecher eingestufte Besitzer und „Großgrundbesitzer“ (von über 100 Hektar Boden) enteignet wurden. Landlose hingegen bekamen

[5] Die schiere Größe des Bevölkerungsanteils des Ostens in den weniger verdichteten Regionen trägt in einem großen Maße zum allgemeinen Unterschied der Engagementquote zwischen Ost und West bei, ist aber nicht die einzige Erklärung.

durch die Bodenreform zunächst kleine Parzellen, mussten sich dann aber als Bauern in LPGs zusammenschließen.

Auffällig ist, welche im Vergleich zu den westdeutschen ländlichen Milieus wichtige Rolle die *außerfamiliäre*^[6], darunter auch die verwandtschaftliche Vernetzung^[7] in den neuen Ländern hat. In den städtischen Kernen der Ballungsräume ist der Unterschied zwischen Ost und West dagegen gering. Was über die Informalität der sozialen Kultur in den neuen Ländern insgesamt zu sagen ist, gilt ganz besonders für den ländlichen Raum. Zum relativen Mangel an Organisiertheit der Zivilgesellschaft auf dem Lande der neuen Länder trägt auch die *geringe*



Konfessionalität bei. Können sich Kirchen und religiöse Gemeinschaften in den verschiedenen Kategorien des dünn bis dichter besiedelten ländlichen Raums der alten Länder auf 50% bis 54% emotional mittel bis stark gebundene Mitglieder stützen, so sind dies in den neuen Ländern nur zwischen 13% bis 22%. Das hat erhebliche Konsequenzen für die Kirchensteuereinnahmen, die kirchlichen Angebote^[8] und vor allem für das freiwillige Engagement im Rahmen der Gemeinden. In kaum einem anderen Datum wird die Enttraditionalisierung des ländlichen Raums der neuen Länder deutlicher als darin.

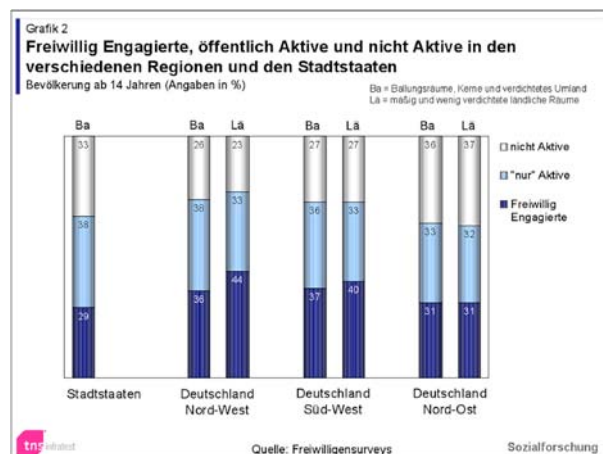
[6] Wechselseitige Unterstützung zwischen Freunden, Bekannten und Nachbarn.

[7] Wechselseitige Unterstützung zwischen Verwandten außerhalb des jeweiligen Haushalts.

[8] Die Kirchen und Religionsgemeinschaften stellen über ihre religiösen auch umfassende soziale und kulturelle Angebote bereit.

Ländlicher Raum in den alten Ländern – beeindruckender Aufschwung des Engagements zwischen 1999 und 2009

Der Durchschnittswert des ländlichen Raums in Deutschland wird stark von den Verhältnissen in den *alten Ländern* bestimmt. Im ländlichen Raum jenseits der Ballungsräume nahm das Engagement deutschlandweit von durchschnittlichen 34% auf überdurchschnittliche 38% zu. Die Ballungsräume (inklusive

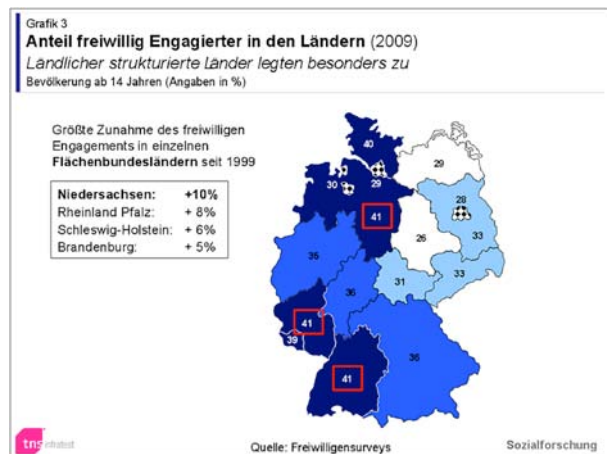


deren ländliche Randzonen) blieben mit jeweils 34% und 35% nahe am Durchschnitt, wobei dieser Wert besonders auf den ländlichen Randgebieten beruht, während die großen Ballungskerne deutlich schwächer sind (siehe im Folgenden auch die Daten für die Stadtstaaten).^[9] Die neuen Länder (einschließlich Berlins) stellen bei einem deutschlandweiten Bevölkerungsanteil von ca. 20% in der ländlichen Fläche jenseits der Ballungsräume 38% der Bevölkerung, in den Ballungsräumen (mit deren ländlichen Randzonen) nur 16%. Deswegen erscheinen die eindrucksvollen Werte der alten Länder (1999: 37%, 2009: 42%) im Durchschnittswert Deutschlands durch Ostdeutschland (1999: 29%, 2009: 31%) als deutlich gedrückt. Grafik 2 nimmt eine weitere regionale Differenzierung vor, indem nunmehr die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin eine eigene Kategorie bilden, desgleichen Süd-West-Deutschland^[10], Nord-West-Deutsch-

[9] Verschiedene Merkmale tragen zum vergleichsweise niedrigen freiwilligen Engagement in den Großstädten bei. Zwei Faktoren sind besonders wichtig. Zum einen wird der Großstädter durch umfassende öffentliche und kommerzielle Freizeitangebote „überflutet“, zum anderen drücken (zumindest in den alten Bundesländern und in Westberlin) die vielen Migranten mit ihrem geringen freiwilligen Engagement den Durchschnitt der Großstadtkerne nach unten.

[10] Süd-West-Deutschland wird gebildet durch die Länder Bayern und Baden-Württemberg sowie Südhessen (Regierungsbezirk Darmstadt) und das südliche Rheinland Pfalz (ehemaliger Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz).

land^[11] und Nord-Ost-Deutschland^[12]. Betrachtet man die freiwillig Engagierten, also jene Menschen, die in Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft dauerhaft und unentgeltlich (bzw. gegen eine geringe Aufwandsentschädigung) Aufgaben oder Ämter übernommen haben, dann sticht der Kontrast zwischen den niedrigen Werten der Stadtstaaten und in Deutschland Nord-Ost zu denen in Deutschland Nord-West und Süd-West besonders ins Auge.



Bemerkenswert ist in Deutschland Nord-West in den Gebieten außerhalb der Ballungsräume der sehr hohe Wert von 44% Freiwilligen, der sich allerdings erst seit 2004 hergestellt hat. Vor allem die Nordländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben dazu beigetragen (Grafik 3). Die eher marginale Bedeutung des ländlichen Raums in NRW führt zwar dazu, dass dieses Milieu den Durchschnitt von Nord-Ost nur wenig mitbestimmt, dennoch ist auch dort das freiwillige Engagement deutlich vorangekommen, vor allem in den ländlichen Regionen, die an Niedersachsen grenzen.

Der ländliche Raum jenseits der Ballungsräume in Deutschland Nord-West hat somit zwischen 2004 und 2009 Deutschland Süd-West den Rang abgelaufen. Das hat dazu geführt, dass diese Region insgesamt deutlich zum traditionell engagementstarken Südwesten aufgeschlossen hat, nicht jedoch die neuen Bundesländer, die sowohl in den Ballungsräumen als auch in den ländlichen Gebieten außerhalb der Bal-

lungsräume (dort jedoch ganz besonders) hinter dem Gebiet der alten Länder (ohne Stadtstaaten) zurückbleiben. Da die Strukturprobleme im großen ländlichen Raum der neuen Länder noch einmal deutlich größer sind als in den alten Ländern, muss dieses Milieu als eine Schwerpunktzone der Engagementförderung eingestuft werden, wobei hier Strukturförderung bereits Engagementförderung ist. Das nicht wahrhaben zu wollen, heißt große Gebiete, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern^[13], teils auch in Brandenburg de facto aufzugeben und sich selbst zu überlassen.

Ausblick

Zumindest in Westdeutschland ist, was die Entwicklung und Tendenzen der Zivilgesellschaft betrifft, der ländliche Raum besser als sein diesbezüglicher Ruf. Dies schließt nicht aus, dass es auch größere Problemregionen gibt, wie die früheren Zonenrandgebiete oder Nordhessen und die daran angrenzenden Gebiete in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Freiwilligensurvey kann dennoch zeigen, dass in vielen ländlichen Regionen der alten Länder Bürgerinnen und Bürger auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und der zunehmenden Strukturschwächen reagieren, indem sie die Dinge in die eigenen Hände nehmen. Dort, wo sich ein starker und nachhaltiger Bürgerwille zeigt, ergeben sich oft auch Möglichkeiten dazu, in den Genuss von Ressourcen der Kommunen, des Bundeslandes, des Bundes, der Europäischen Gemeinschaft oder privater Geldgeber zu gelangen.

In den neuen Ländern ist das jedoch weit weniger der Fall. Die schiere Größe des ländlichen Raums und die Isolierung der Siedlungspunkte mit den entsprechenden Infrastrukturproblemen, dazu abgerissene bürgerschaftliche Traditionen und die allgemeine wirt-

[11] Nord-West-Deutschland wird gebildet durch die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, NRW sowie das nördliche Rheinland-Pfalz (ehemaliger Regierungsbezirk Koblenz und Trier) und das nördliche Hessen (Regierungsbezirke Gießen und Kassel).

[12] Nord-Ost-Deutschland umfasst die neuen Flächenbundesländer.

[13] Mecklenburg-Vorpommern ist in Deutschland von der Siedlungsstruktur her ein ganz einzigartiges Bundesland und der extreme Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen. Selbst gegenüber Brandenburg fällt die extrem dünne Besiedlung der relativ großen Fläche des Landes auf. Das hat zwar ökologische Vorteile und begünstigt einen bestimmten naturnahen Typ des Tourismus, ist aber wirtschaftlich und infrastrukturell ein äußerst große Herausforderung. Sachsen und Brandenburg zeigen allerdings, dass Siedlungsstruktur nur bedingt eine Erklärung für das freiwillige Engagement ist. Sachsen fällt in den neuen Ländern durch seine hohe Verdichtung völlig aus dem Rahmen, indem hier 80% der Bevölkerung in Kernen und Randzonen von größeren Ballungen leben. Brandenburg ist viel ländlicher, dennoch sind beide Länder im Osten die Spitzenreiter beim freiwilligen Engagement (Grafik 3). Sachsen-Anhalt wiederum ist weit weniger ländlich strukturiert als Brandenburg und dennoch Schlusslicht beim Engagement, weil hier gerade die Ballungsräume sehr engagementsschwach sind.

schaftliche Schwäche des ländlichen Raums ergeben einen fatalen Mix ungünstiger Bedingungen. Hier müssen Bund und Länder entscheiden, ob sie auf die Abwanderung der Bevölkerung in die Unter-, Mittel- und Oberzentren setzen sowie auf die (sehr) langsame Eroberung des Territoriums durch die Städte im Zuge wirtschaftlicher Verbesserungen. Im Moment hat man den Eindruck, dass dies der Untätigkeit der Länder wegen tendenziell der Fall ist. Die Diskussion um die besonders zu fördernden „Leuchttürme“ der Entwicklung, welche zumeist in Ballungsräumen liegen, deutet in diese Richtung. Die ostdeutsche Bevölkerung lehnt jedenfalls diese Strategie, welche aus ihrer Sicht letztlich das Brachlegen^[14] ganzer Regionen in Kauf nimmt, vehement ab.

Kurzexpertise Prof. Dr. Claudia Neu, Hochschule Niederrhein

Demographischer Wandel, Infrastruktur und Bürgerengagement

Die Auswirkungen des demographischen Wandels treffen die einzelnen Teilräume Deutschlands in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die Metropolregionen wie Berlin, München oder Hamburg werden auch in Zukunft Menschen anziehen. Viele andere Regionen hingegen werden weiterhin Einwohner verlieren. Vor allem entlegene ländliche Räume – nicht allein in Ostdeutschland – und (Land)Kleinstädte sehen sich seit einigen Jahren mit den unmittelbaren Folgen von Geburtenrückgang, Alterung und Wanderungsverlusten konfrontiert. Turnhallen bleiben ungenutzt, der Busverkehr ist praktisch auf den Schülerverkehr reduziert, und die Schließung der nächstgelegenen Landarztpraxis steht ohnehin kurz bevor. In schrumpfenden Gemeinden und Städten ist eine flächendeckende

und bezahlbare Daseinsvorsorge daher längst nicht mehr selbstverständlich. Deutliche Verschlechterungen der Lebensqualität ebenso wie eingeschränkte Zugangschancen zu Gesundheit und Bildung lassen sich bereits heute in einigen ländlichen Regionen konstatieren. Hilflosigkeit angesichts einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung bestimmt den Diskurs, an Mut und innovativen Ideen fehlt es zumeist. So bleibt es vielenorts doch bei bitteren Schließungswellen öffentlicher Infrastruktur – begleitet vom Ruf nach dem aktiven Bürger, der es nun richten soll. Ob Bürgerinnen und Bürger aber zukünftig bereit sein werden, sich aktiv in die Belange von Kommunen einzubringen oder deutlich mehr Engagement an den Tag legen, um die Lücken, die der Wegfall öffentlicher Infrastruktur hinterlassen hat, aufzufangen, wird davon abhängen inwieweit wir zu einem neuen Modus der Leistungserbringung finden, und in welchem Umfang der Bevölkerung Handlungsspielräume und Anreize für ihr Engagement geboten werden.

1. Integrationsmotor Infrastruktur

Die Zunahme regionaler Disparitäten ist für die deutsche Gesellschaft unmittelbar verbunden mit den Fragen nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und der Zukunft der Daseinsvorsorge, denn die infrastrukturellen Daseinsvorsorgeleistungen wie Verkehrswege, Telekommunikation, Bildung und Gesundheitsversorgung haben für das Zusammenwachsen und –halten der Nachkriegs- und Wiedervereinigungsgesellschaft Bundesrepublik eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Infrastrukturen sind dabei stets mehr als reine Vorleistungen für die Wirtschaft oder Versorgungsfunktionen für die Bürger gewesen; sie beförderten zugleich die soziale und territoriale Integration der Gesellschaft (van Laak 1999, 2006; Kersten 2006). Die integrierende Wirkung entfalteten die öffentlichen Dienstleistungen vor allem durch ihre flächendeckende Bereitstellung, die allen Bürgern Zugang und Teilhabe an den gesellschaftlichen Entwicklungen ermöglichen sollte. Diesem „geheimen Lehrplan“ der Infrastrukturenpolitik (van Laak 2006: 168) folgend, diente die „Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse“ – seit 1994 die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz) – jahrzehntelang als politischer Leitgedanke, um unterschiedlich entwickelte Räume an ein gleichmäßig hohes Wohlstandsniveau heranzuführen. Auch die Wiedervereinigung Deutschlands war von dem Gedanken

[14] Für die Naturschutzverbände stellt sich diese Brache natürlich als *großer Vorteil* dar. Sie können hier mit relativ wenig Geld große Flächen erwerben. Was wäre die Ökologie des geeinten Deutschlands ohne die Seeadler in Mecklenburg-Vorpommern, die Störche in Brandenburg, die Biber in Sachsen-Anhalt und die Wölfe im Übergangsbereich von Sachsen und Brandenburg, die fast schon Markenzeichen der neuen Länder geworden sind. Selbst Berlin mit seinen großen Brachflächen und verlassenen Gewerbegebäuden ist für viele Tierarten ein großer Schon- und Rückzugsraum. Nicht zu vergessen jene von endlosen Reihen alter Bäume gesäumten Überlandstraßen und Wege in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. In einer von Hektik, viel zu viel Verkehr und Flächenverbrauch gekennzeichneten Bundesrepublik könnten sich die besonderen Qualitäten des großen ländlichen Raums der neuen Länder noch einmal als großer Wert und Vorteil erweisen und sie tun es jetzt schon.

beseelt, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse die territoriale Integration des gesamten Staatsgebiets befördern würde.

Nun aber lassen demografischer Wandel und Strukturkrisen der vergangenen Jahre die erzielten Erfolge des bundesrepublikanischen Nachkriegsdeutschlands und der Wiedervereinigung brüchig werden. Die aktuelle politische Diskussion um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weist unzweifelhaft darauf hin, dass „gleichwertig“ nicht mehr „gleich“ bedeutet. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist nicht länger unumstrittenes politisches Ziel, und die Bürger dünn besiedelter Regionen haben sich auf weniger staatliche Leistungen einzustellen. Aber: Ohne Aussicht auf wohnortnahe Schule und Ausbildung, ohne Hoffnung auf berufliche Perspektive oder Freizeitangebote werden entlegene ländliche Räume weiterhin für Familien mit Kindern und für Jugendliche unattraktiv bleiben. Der Fortzug der (Hoch-) Qualifizierten ist bisher ungebremst, und der Arbeitskräftemangel ist längst Gewissheit. Es besteht die Gefahr, dass eine zu großen Teilen auf Transferzahlungen angewiesene, alternde und schrumpfende ländliche Bevölkerung ohne nennenswerte Innovationspotenziale zurückbleibt.

2. Der Ruf nach dem „aktiven Bürger“

Mit dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates aus einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge geht eine verstärkte Suche nach Kooperationspartnern und Allianzen mit Unternehmen und Bürgern einher. Gerade in ländlichen Räumen wird gerne an die „ureigenen Kräfte“, wie etwa Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement appelliert, um die Bürger auf ihre neuen „Aufgaben“, das Fahren von Bürgerbussen, die Pflege von Nachbarn und die Sanierung öffentlicher Gebäude oder Spielplätzen vorzubereiten. Diese Form der Staat-Bürger-Allianzen setzen jedoch eine aktive Bürgerschaft voraus, welche dazu in der Lage ist, kommunale Aufgaben durch bürgerschaftliches Engagement, das über Sport, Spiel und Entspannung hinausgeht, nachhaltig zu ergänzen oder zu ersetzen. Aus eigenen Untersuchungen (Neu et al. 2007, 2009) sowie den Untersuchungen des Freiwilligen Surveys (BMFSFJ 2010) wissen wir, dass bürgerschaftliches Engagement vor allem von Erwerbstätigen mittleren Alters und mit guter Schulbildung sowie von Jugendlichen und Familien mit Kindern getragen wird. Sind aber nun gerade diese Gruppen durch hohe Langzeitarbeitslosigkeit, Geburtenrückgang, einen

hohen Anteil älterer Menschen oder durch geringes Bildungsniveau ausgedünnt, so vermindern sich die Chancen für diese Allianzen deutlich. An peripheren Regionen Ostdeutschlands lässt sich eindrucksvoll zeigen, wie das Verschwinden der öffentlichen Infrastruktur, leere Kassen und demographischer Wandel Hand in Hand gehen. Es fehlt nicht nur an Nachwuchs für die Fußball-Pampers-Mannschaft, sondern auch an Mitteln für das Sportfest und an Jugendtrainern. Öffentliche Beteiligung ist aber zumeist an bestimmte Räume, Orte oder Plätze gebunden – an soziale Orte wie Schulen (mit ihren Turnhallen und Aulen), Gemeindehäuser oder Gastwirtschaften. Fehlt es neben diesen sozialen Orten auch an engagierten Menschen, so stehen die Chancen für eine aktive Bürgerschaft nicht allzu gut.

3. Ansätze für mehr infrastrukturelle Flexibilität und für mehr Bürgerengagement

Doch wie können Lebensqualität, vorsorgende Leistungen und bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen klammer Kassen und rückläufiger Bevölkerungsdichte aussehen? Zwei Ansätze bieten sich an: Infrastruktur flexibler zu gestalten (3.1) und neue Mitspieler bei der Leistungserbringung zu suchen (3.2.)

3.1 In Funktionen, nicht in Strukturen denken!

Rückbau, Umbau und Schließung bestimmen vielerorts den Umgang mit Schrumpfung und Finanznot. So folgt die „Anpassung“ an den demographischen Wandel der immer gleichen Logik: Weniger Menschen brauchen weniger Infrastruktur! Diese Demographisierung der Argumentation lässt das politische Handeln als zwangsläufig richtig erscheinen, offenbart aber zugleich, dass die infrastrukturellen Um- und Rückbaumaßnahmen nach wie vor fest an den Vorstellungen industriegesellschaftlicher Produktion und wirtschaftlichen Wachstums orientiert sind. Noch immer wird Infrastruktur fast ausnahmslos als technische Infrastruktur verstanden, Investitionen erfolgen weiterhin vor allem in bauliche Strukturen, wie auch das Konjunkturpaket der Bundesregierung zeigte. „Weiche“ Infrastrukturen wie Bildung oder Kultur fallen zuerst den Sparmaßnahmen zum Opfer. Viele Kommunen sehen auch nur hier Einsparpotenzial, denn einmal gebaute Straßen und überdimensionierte Kanalsysteme müssen nun einmal unterhalten werden. Letztlich führen diese Sparmaßnahmen aber lediglich zu noch weniger – zu weniger Volkshochschulen, weniger Spielplätzen und weniger ÖPNV. Dieses den

technischen Infrastrukturen zumeist innewohnende Beharrungsvermögen, das sich in Leitungen, Fördermaßnahmen und Mentalitäten manifestiert, scheint jedoch zu verhindern, dass darüber nachgedacht wird, was Infrastrukturen eigentlich leisten sollen und was ihre gesellschaftlichen Funktionen sind (Barlösius / Keim / Meran / Moss / Neu 2011). Oder wo alternative Nutzungskonzepte liegen könnten. Geht es um den Erhalt der Bauwerke, die Mindestklassengröße oder die Buskonzessionen? Oder geht es um Versorgung, Teilhabe und Mobilität der Bevölkerung?

Werden weiterhin allein Inputkriterien (Mindestklassenstärke, Liniennetze, Bettenzahlen) herangezogen, um die Ausstattung mit Infrastruktur zu bestimmen, so wird sich die bereits heute prekäre Versorgungslage in entlegenen ländlichen Räumen weiterhin verschärfen.

Dabei geht es gar nicht darum, dass in allen Regionen die Ausstattung mit Infrastruktur gleich hoch sein soll, sondern vielmehr darum, dass ein Wechsel hin zu einer Orientierung an Outputkriterien für Infrastrukturen vorgenommen wird. (Was ist das gesellschaftliche Ziel? Wie kann dieses Ziel mit welchen Mitteln erreicht werden?) Gleichzeitig gilt es, den alten infrastrukturpolitischen Leitgedanken der Teilhabe über Infrastrukturen neu zu beleben. Bisher werden Einkaufsmöglichkeiten, Verwaltung und Kultur in den nächst größeren Orten zentralisiert, zugleich wird aber der ÖPNV auf ein kaum zu unterbietendes Minimum heruntergefahren. Mit dem Verweis auf Vollmotorisierung der Landbevölkerung und auf umfassende Nachbarschaftshilfe wird die Problematik der schwindenden Nahversorgung klein geredet und darüber hinaus verdeckt, dass die Kosten des Rückzugs der Infrastruktur aus der Fläche einseitig zu Lasten der Bewohner eben dieser Regionen gehen. Doch Teilhabe lässt sich längst anders organisieren. Wenn diese Einrichtungen nicht mehr vor Ort sind, dann muss zumindest ihre Erreichbarkeit (für den Einkauf, Verwaltungsgänge oder Arztbesuche) per ÖPNV, verlässliche flexible Mobilitätskonzepte oder mittels moderner Telekommunikation wie Skype oder Email umfassend gewährleistet werden. Besser noch: Die Dienstleistungen kommen zu den Bürgerinnen und Bürgern (service to the people). Auch Zweigstellen von Arztpraxen und rollende Bürgerbusse oder mobile Verwaltungsangestellte gehören in diese Kategorie. Eine gerade anlaufende und von Bürgern getragene Dorfladenwelle, die Lebensmittelversorgung mit weiteren Dienstleistungen

wie Post, Bank, Versicherung oder Reinigungsservice kombiniert, zeigt, wie bürgerschaftliches Engagement Versorgungsengpässe abmildern kann (Neu 2011).

3.2 Neue Akteure gewinnen!

Zugegebenermaßen fällt es schwer, Infrastruktur vor dem Hintergrund von Schrumpfung, Krise und rasanter Alterung neu zu denken. Bisher erzeugen die Zukunftsszenarien verödeter ländlicher Räume auch eher Angststarre denn innovative Ideen. Uns fehlt die Vorstellung, wie soziale und territoriale Integration jenseits von Gleichheit der Lebensverhältnisse aussehen könnte. Nicht unerheblich wird die Lösung dieser Frage aber davon abhängen, ob es gelingt, Daseinsvorsorge anders zu organisieren – also zu fragen, wer soll, kann und wer muss welche Leistungen zukünftig erbringen?

Meines Erachtens stehen die Chancen gut, jetzt nicht in erfolglosen Anpassungsversuchen stecken zu bleiben, sondern innovative Lösungen zu suchen und ein neues Miteinander zwischen Staat, Markt und Bürgern zu wagen (Neu 2009). Doch Mitwirkung braucht neue Formen jenseits der bisher üblichen Beteiligungsverfahren bei Bauvorhaben. Es geht um Mitentscheiden und Verantwortungsübernahme in der eigenen Gemeinde. In Deutschland fällt dies besonders schwer, da traditionell öffentliche Dienstleistungen von Kommunen und mittlerweile auch von privaten Anbietern bereit gestellt werden – nicht aber von Bürgern. Das „Fenster der Möglichkeiten“ öffnet sich zurzeit einen Spalt breit, um neue Organisationsmodelle zu erproben. Wo wollen und wo können Bürger bei der Leistungserbringung mitwirken? Beim ÖPNV gibt es erste Erfahrungen mit den Bürgerbussen. Doch wie sieht es bei der Wasserversorgung aus? Ist der Winterdienst eine Aufgabe für Bürger? Diese Fragen lassen sich nur beantworten, wenn anders als bisher gewohnt, das „Gesamtpaket Infrastruktur“ aufgeschnürt wird und Infrastruktursysteme wie ÖPNV, Gesundheit oder Wasserversorgung einzeln betrachtet werden (Barlösius / Neu 2007). Wo ist eine Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger möglich, wo erwünscht? Wo sind Standards überholt, wo kann neu verhandelt werden? Bei der Wasserqualität? Nein, dann aber vielleicht über den Winterdienst oder bei der Pflege öffentlicher Plätze? Wenn Winterdienste nicht mehr erbracht werden oder der öffentliche Mülleimer monatelang nicht mehr gereinigt wird, dann ist es Zeit darüber nachzudenken, ob für diese Leistungen noch

Abgaben zu entrichten sind. Es bleibt dann Entscheidung der Bürger, ob Sie fegen oder nicht (Neu 2011). Der Übergang vom sorgenden zum gewährleistenden Staat, so wie er aktuell diskutiert wird, impliziert die zeitgemäße Verschiebung: Der Staat vermindert den Anspruch, den seine Bürger an seine Leistungskraft stellen dürfen. Er muss aber zugleich Teile seiner allumfassenden Definitionsmacht an die Gesellschaft zurückgeben und so neue Handlungsspielräume schaffen (Kersten 2006).

Unzweifelhaft bleibt, dass Bürger sich nicht als Ausfallbürge für weggefallene staatliche Leistungen missbrauchen lassen wollen. Soll bürgerliche Mitwirkung ernstlich angestrebt werden, so braucht sie (rechtliche) Handlungsspielräume, echte Entscheidungskompetenzen und (finanzielle) Anreize. Professionelle Unterstützung, passgenaue Angebote und kreative Zusammenarbeit mit Behörden und Verwaltung tun ebenfalls Not. Zugleich muss mitgedacht werden, dass Engagement heute eher projektorientiert als institutionalisiert ist. Diese Hinwendung zu mehr Mitwirkung würde letztlich aber bedeuten, dass unsere Gesellschaft lernt, mit einer neuen Form von Selbstverantwortung und Risiko zu leben.

Literatur:

BARLÖSIUS, Eva; Neu, Claudia (2007): Gleichwertigkeit – Ade? Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. *Prokla* 36 (2007), S. 77-92.

BARLÖSIUS, Eva; Keim, Karl-Dieter; Meran, Georg; Moss, Timothy; Neu, Claudia (2011): Infrastrukturen neu denken: Gesellschaftliche Funktionen und Weiterentwicklungen, in: Hüttel, Reinhard et aliae (Hrsg.): *Globaler Wandel und regionale Entwicklungen*. Springer. S. 147-173.

BMFSFJ (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, Berlin.

KERSTEN, Jens (2006): Abschied von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – der „wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt“ als neue Leitvorstellung für die Raumplanung. *UPR* 7, S. 245-252.

LAAK, Dirk van (1999): Der Begriff der „Infrastruktur“. Was er vor seiner Erfindung besagte. *Archiv für Begriffsgeschichte* 41, S. 280-299.

LAAK, Dirk van (2006): Garanten der Beständigkeit. Infrastrukturen als Integrationsmedien des Raumes und der Zeit. In: Doering-Manteuffel, A. (Hrsg.): *Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*. München. S. 167-180.

NEU, Claudia et al. (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck. Hrsgg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.

NEU, Claudia (Hrsg.) (2009): *Daseinsvorsorge – eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung*. Wiesbaden: VS Verlag.

NEU, Claudia et al. (2009): Wohnortnahe Grundversorgung und Bürgerpartizipation – ein Praxisbeispiel aus Mecklenburg-Vorpommern. Hrsgg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.

NEU, Claudia (2011): Mehr Lebensqualität für weniger Menschen – Herausforderungen für eine neue Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum. In: Kerstin Faber und Philipp Oswalt (Hrsg.): *Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge*. Stiftung Bauhaus Dessau, im Erscheinen.

Kurzexpertise Isabel Krings, Freiwilligenagentur „Schaffenslust“ Memmingen-Unterallgäu

Isabel Krings ist Gründerin und Leiterin der Freiwilligenagentur „Schaffenslust“ für den Landkreis Unterallgäu und die Stadt Memmingen. Sie ist dort zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, die Gewinnung und Beratung von Freiwilligen sowie die Leitung der Projekte „Schülerpaten“ und „Lese-Lust“.

Aufgaben eines „Koordinierungszentrums für bürgerschaftliches Engagement“

Die Aufgaben eines Koordinierungszentrums für bürgerschaftliches Engagement (BE) bzw. einer Freiwil-

ligenagentur (im Folgenden FA genannt) lassen sich anhand der jeweiligen Ziele aufgliedern:

- Förderung der Rahmenbedingungen von BE, z. B. Freiwilligen-Koordination, Anerkennung der Freiwilligen (FW), Aus- und Fortbildung von Freiwilligen, Kostenerstattung und Versicherung; hierzu gehören je nach Bedarf vor Ort die Organisation von Fachvorträgen, Fortbildungen, Pressegespräche etc.
- Beratung für engagementbereite Bürgerinnen, Bürger und Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten
- Durchführung von innovativen Projekten
- Erreichen von zusätzlicher gesellschaftlicher Anerkennung für BE, bzw. Schaffung eines Bewusstseins für die Bedeutung und den Wert des individuellen Engagements über Öffentlichkeitsarbeit
- Vernetzung von Initiativen, Vereinen vor Ort

Die zentralen Ziele einer FA sind die Gewinnung neuer Ehrenamtlicher / Freiwilliger gemäß dem tatsächlichen Bedarf von Vereinen / Verbänden sowie die Lösung sozialer Probleme und das Schließen von „Lücken“ in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Einrichtungen vor Ort (Schulen, Kindergärten, Gemeinden etc.) im Rahmen von Projekten.

Die Projektarbeit einer FA richtet sich dabei an folgenden Prinzipien aus:

- Subsidiarität (Es werden nur Lösungen angestrebt, für die es bisher noch keinen Anbieter gibt.)
- Man wird nur dort tätig, wo tatsächlich Bedarf vorhanden ist.
- Man bleibt nur dort tätig, wo nach Projektauswertung Erfolg bei „Leistungsempfängern“ verzeichnet wird.
- Es wird Hilfe zur Selbsthilfe geleistet, d.h. über freiwilliges Engagement soll den „Leistungsempfängern“ nicht der Anreiz für Eigenverantwortung und Selbstinitiative genommen, sondern dieser gestärkt werden.

Bei der Gewinnung der Ehrenamtlichen / Freiwilligen wird zwischen zwei unterschiedliche Vorgehensweisen unterschieden:

1) „Aktive Ansprache“ als Projektentwickler (themen- bzw. projektbezogen über Vorträge, Artikel, persönliche Ansprache, Mund-zu-Mund-Propaganda)

Vorgehensweise bei der Gewinnung von Freiwilligen: Sofern sich thematisch eine Zielgruppe identifizieren lässt, werden hierfür gezielt „Bündelungsstellen“ gesucht, bei denen sich diese Zielgruppe aufhält. Anschließend wird das jeweils am besten geeignete Medium festgelegt, etwa die Verbreitung eines Flyer oder die Veranstaltung eines Vortrags. Beispielsweise lassen sich Schüler- bzw. Bildungspaten, die über Erfahrung in der Wirtschaft verfügen sollten, am besten bei den sog. „Service Clubs“ (Rotary, Lions, Round / Old Table, Wirtschaftsjuvenoren) finden.

Da die Tätigkeit eines Schülerpaten recht komplex ist, empfiehlt es sich, diese den FA in einem persönlichen Vortrag vorzustellen und so eher Freiwillige zu gewinnen. Flyer können hier lediglich unterstützend eingesetzt werden. Bei Lesepaten verhält es sich anders: Die Tätigkeit ist nicht so komplex, die Zielgruppe lässt sich nicht genau eingrenzen. Wenn überhaupt, dann sind generell Literaturinteressierte über Flyer in den (Gemeinde)Büchereien zu erreichen. Hier führen lebendig gestaltete Zeitungsartikel in der regionalen Tagespresse, in Wochen- und Gemeindeblättern eher zum Erfolg. Bei der Gestaltung von Artikeln oder Vorträgen ist darauf zu achten, dass die Tätigkeit lebendig und gewinnbringend für den Einzelnen darzustellen ist und nicht etwa als reiner „Hilfeaufruf“ gestaltet werden darf. Bei Jugendengagementprojekten („Nachwuchs für das Ehrenamt“) werden die Jugendlichen am besten durch direkte persönliche Ansprache in den Klassen der Schulen gewonnen.

2) „Passive Ansprache“ (über Informationsstelle, bei der sich Menschen melden können, wenn sie generell Interesse an freiwilligem Engagement haben und noch nicht genau wissen, wie, wann und wo sie sich engagieren möchten).

Analog zur Geldanlage möchten sich Bürgerinnen und Bürger erst erkundigen, welche „Anlagemöglichkeiten“ es für ihre Zeitspende gibt. Eine FA „sammelt“ den Bedarf an Freiwilligen bei gemeinnützigen Verbänden und Vereinen im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich. Ein Großteil der Freiwilligen wird zu Seniorenheimen, Hausaufgabenbetreuungen, Tafeln, Kleider- / Dritte-Welt-Läden,

aber auch in die Bereiche Ökologie und Kultur vermittelt.

Die teils bei Gemeinden und Verbänden verbreitete Befürchtung, FA würden Ehrenamtliche abwerben, lässt sich keineswegs bestätigen: Durchschnittlich 66% aller von FA vermittelten Freiwilligen waren vorher noch nie ehrenamtlich aktiv. Hier kann also durch eine FA ein neues Segment erschlossen werden. Ebenfalls zeigt die Erfahrung, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich durch aktive Ansprache für ein Engagement entscheiden, ihre bestehenden Engagements nicht aufgeben.

Was sind spezifische Aufgaben von Freiwilligenagenturen im ländlichen Raum?

Eine FA im ländlichen Raum verfolgt alle oben genannten Aufgaben, jedoch liegt der Schwerpunkt der Arbeit einer FA im ländlichen Raum eindeutig auf der Projektentwicklung. Die FA wird als erste Anlaufstelle genutzt, jedoch lassen sich mehr Freiwillige auf aktivem Wege gewinnen. Vor allem im ländlichen Raum existiert ein bis dato unterschätztes Engagementpotential. Allein in den letzten fünf Jahren konnten beispielsweise in Memmingen und im Landkreis Unterallgäu über 120 Schülerpaten über Vorträge geworben werden. Innerhalb von zwei Jahren fanden sich mehr als 100 Lesepatinnen durch Artikel und Flyer und sogar mehr als 1200 freiwillig tätige Jugendliche durch gezielte Ansprache in den Klassen.

Der Beratungs- und Informationsbedarf von Bürgern und Vereinen unterscheidet sich regional bedingt kaum. In Großstädtischen Verbänden gibt es allerdings oft schon eine fest etablierte Anerkennungskultur (z. B. über einen fest ernannten, hauptamtlichen Freiwilligenkoordinator in den Einrichtungen). Im ländlichen Raum ist eine solche Kultur weniger verbreitet. Der Informationsbedarf zu Fragen rund um Versicherungsschutz und Auslagenersatz ist jedoch hier wie dort hoch.

Ebenso bedeutsam ist die Vernetzung: Oftmals kann die FA Best-Practice und Projektbeispiele von der einen Gemeinde in eine andere übertragen. Hier fehlt es aber bisher zwischen den Gemeinden noch an Austausch, so lange dieser nicht von der FA angestoßen wird. Ursache ist häufig einfach Unkenntnis über die vorhandenen Initiativen und Projekte in entfernter gelegenen Gemeinden.

Welchen Beitrag kann eine Landkreis-FA (beispielhaft für andere Freiwilligenagenturen) für die Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum leisten?

- 1) Bewusstseinswandel bei den Vereinen und Gemeinden für den Aufbau und die Pflege einer Anerkennungskultur, die oftmals nicht sehr ausgeprägt ist. FA machen auf den Wandel von BE und die daraus resultierenden neuen Anforderungen an Freiwilligenmanagement und -gewinnung aufmerksam. Eine klare und themenbezogene Ansprache ist heute zur Gewinnung neuer Freiwilliger oft essenziell. Es herrscht keine „Aufopferungsmentalität“ bei den Freiwilligen mehr, und teilweise gibt es nur die Bereitschaft für zeitlich begrenzte Aktionen. Daher sollte so flexibel wie möglich auf die zeitlichen und inhaltlichen Präferenzen der FW eingegangen werden.
- 2) Eine vorhandene Stelle für alle Fragen rund um BE und für Vernetzung stellt bereits Infrastruktur dar. Die Forderung nach Hauptamtlichkeit trägt zur Verankerung durch Beständigkeit bei.
- 3) Das Anstoßen neuer Projekte sichert Strukturen vor Ort und baut dabei bedarfsorientiert erforderliche Strukturen innerhalb der Gemeinden auf, z. B. Besuchsdienste, Kinderbetreuung, Dorfplatzgestaltung, Bürgerhaus, Dorfladen etc.
- 4) Vernetzung der bereits vielfältig vorhandenen Initiativen, Vereine, Verbände: Eine keiner Partei zuzurechnende und somit politisch zunächst neutrale Freiwilligenagentur kann die Urheber unterschiedlichster Ideen untereinander verknüpfen und vormals allein tätige Teilnehmer an einen Tisch bringen.

Weitere Ideen / Empfehlungen für Konzeption und Implementierung

Für eine erfolgreiche Implementierung haben sich folgende Vorgehensweisen bewährt:

Die Gründung eines konfessionell ungebundenen, parteiübergreifenden Fördervereins zur Einwerbung von Spenden und Mitgliedern ist unabdingbar. Der Förderverein kann gleichzeitig auch Trägerverein sein. Sofern ein Verband, ein Verein oder eine Gebietskörperschaft Träger ist, sollte unbedingt ein Förderverein gegründet werden, weil die Firmen und Privatpersonen oft den genauen Verwendungszweck ihrer geleisteten Unterstützung sicherstellen möchten, was durch ein allgemeines Konto (Kreiskasse, Konto eines

Wohlfahrtsverbands) nicht gelingt. Über einen Förderverein und Sponsoring können bis zu 30% des Budgets abgedeckt werden.

Die FA sollte auf jeden Fall mit einer Vollzeitstelle für mindestens zwei Jahre ausgestattet werden. Solch eine Vollzeitstelle kann mit wachsendem Aufgabenumfang durch 400-Euro-Stellen ergänzt werden.

Zur Überwindung der ersten Anfangsschwierigkeiten (zunächst noch geringes Vertrauen zwischen Projektpartnern wie Schulen, Vereinen, Verbänden, Politik und Wirtschaft wegen des anfangs geringen Bekanntheitsgrads) muss eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Nach einem Jahr sollte der Aufbau von Fundraising aktiv betrieben werden. Am Anfang sind Firmen noch zurückhaltend, da die Arbeit einer FA am besten über erzielte Ergebnisse von konkreten Projekten veranschaulicht werden kann. Nach etwa einem Jahr können in Kooperation mit der örtlichen IHK über die IHG-Versammlung die FA vorgestellt und dortige Firmen als Mitglieder oder Spender gewonnen werden.

Empfehlung:

Im ländlichen Raum werden in Zukunft Infrastrukturen zur Förderung von BE unumgänglich sein, um die knappe Ressource „Ehrenamt“ effektiv und effizient für die Lebensqualität vor Ort einzusetzen. Aus Synergie- und Kostengründen (Konsolidierung) empfiehlt sich eine Stelle pro Landkreis, die jedoch projektgebunden jeweils vor Ort bzw. in den verschiedenen Gemeinden die Freiwilligen gewinnt, Projekte initiiert und begleitet. Unterstützt werden kann die Landkreis-Freiwilligenagentur durch verschiedene Bürgerbüros in den Gemeinden. Der Aufbau mehrerer FA pro Landkreis macht erfahrungsgemäß keinen Sinn. Wichtig ist vielmehr die Vernetzung der vorhandenen Initiativen und Vereine im Landkreis. Bei zwei oder mehr Stellen treten Wissens- und Reibungsverluste auf.

Zwischen den FA sollten pro Bundesland zweimal jährlich (Fach-)Tagungen zweimal jährlich stattfinden, um einen wechselseitigen Austausch von Impulsen zu erreichen. Dies kann von einer Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen im jeweiligen Bundesland Koordiniert werden.

b. Verschriftlichung der Originalbeiträge

Frage 1: Welche Schritte und Beiträge braucht bürgerschaftliches Engagement, um Ressourcen zur Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume weiterzuentwickeln?

Akteursgruppe Bund / Land

Rahmenbedingungen

- Regionen brauchen einen Ansprechpartner für Aktive (Freiwillige)
- Amtsstrukturen sollten flexibler / weniger schwerfällig gestaltet werden
- ein geringerer Beantragungs- und Abrechnungsaufwand für Projekte ist notwendig
- juristische Hürden sind abzubauen, wo immer sie Engagement erschweren, stattdessen über rechtliche Bedingungen informieren
- Veränderung der Förderpraxis: Regionalbudgets; mindestens 5% aus allen Förderprogrammen für Fonds in den ländlichen Räumen
- Bedürfnisorientierung sollte Handeln bestimmen
- Definition regionaler Räume (auch Grenzen überwinden, z. B. Landkreis / Kommune hinsichtlich Schulzuweisung etc.)
- Der Begriff „Daseinsfürsorge“ müsste für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements näher definiert werden und die Zuständigkeit öffentlicher Träger benannt sein.
- leistungsfähige Internetanschlüsse flächendeckend notwendig
- Imageverbesserung der ländlichen Räume
- ggf. auch mit Mut Regionen „schließen“, wenn dortige Infrastruktur nicht mehr zu halten ist

Infrastrukturförderung

- die öffentliche Hand sollte weniger losgelöste Projekte fördern, dafür aber mehr Prozesse und Bürgerbeteiligung anstoßen; Beispiel: Panels, Prozessmoderation, Leitbilder, dann erst Finanzen
- Idee: Land zahlt Kommune einen Finanzbetrag und freie Mittel zur Sicherung der Lebensqualität pro Engagierter / Engagiertem; Kommune hat dann Anreiz, Engagement vor Ort zu fördern. Dies stärkt das Eigeninteresse der Kommune, auch „Belastungen“ durch bürgerschaftliches Engagement (Verwaltungsaufwand, Engagierten-Bedarfe) auszugleichen.

- Ziel: Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement schaffen; Handlungsspielräume (rechtlich, finanziell etc.) für Zukunftsgestaltung durch die Menschen schaffen
- Regionalbudgets statt top-down Finanzierung
- Initiative „Ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Nahversorgung sichern
- staatliche Daseinsvorsorge vs. Selbstverwaltung
- Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume: „harte Infrastruktur“ – soziales Umfeld – Zukunft mitgestalten

Motivation / Anerkennung

- Möglichkeit externer Fortbildungen und Qualifizierungen für Engagierte als Anreiz; Vernetzung und Vermittlung von konkreten Kompetenzen
- Bildung als Faktor für Motivation und Potenzialentfaltung – evtl. auch, um z. B. Arbeitslose für Engagement zu gewinnen
- Zuspruch / Ermutigung
- gute Beispiele

Vernetzung

- Qualifizierung = Chance der Vernetzung (Landkreise etc.)
- Engagementförderung sollte auch in Schulen stattfinden, um „Engagementkultur“ zu stärken
- Interkommunale Kooperation; KGST / Städtebauförderung

Modellregionen / Modellprojekte

- Modellprojekt „Landzukunft“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Beispiel Nordfriesland => Regionalstrategie => Projekte, die Bürger einbeziehen
- LK Aurich: Freiwilligenagentur als zentrale Ressource und zentraler Treffpunkt
- Beispiel Mecklenburg-Vorpommern: 100.000 / vor Ort; „neue Dorfmitte“; Sonderzuwendungen

Akteursgruppe Kommune

Rahmenbedingungen

- Fahrtkostenerstattungen sind vor allem in den

ländlichen Räumen notwendig und sollten zum Standard gehören

- zentrale Treffpunkte werden benötigt
- für bürgerschaftliches Engagement wird Geld benötigt (Beispiel Sachsen: Grundzuweisung punktuell durch Kommunen an Träger, Vereine gezahlt)
- hauptamtliches Freiwilligenmanagement
- Freiwilligenagenturen mit hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Kommunen / Gemeinden ansiedeln, um Kontinuität zu gewährleisten (finanzielle Mittel erforderlich)
- Freiwilligen-Manager müssen in die Verwaltungen / Kommunen integriert werden. Initiatoren / Kümmerer unterstützen durch persönliche Begleitung, z. B. von Kommunen, Freiwilligenagenturen und Sorge für einen „roten Faden“
- eine Stelle im Landratsamt gewinnt ehrenamtliche Mitstreiter (mit konkreten Aufgaben) und arbeitet im Schneeballsystem
- Engagementstruktur (Sozialzentrum, zentraler Treffpunkt, strategisches Vorgehen (Ziele, Maßnahmen))
- individuelle Strategie für einzelne Kommunen entwickeln
- Öffnungsklauseln sind erforderlich, z. B. Haltemöglichkeiten für Busse auch an den Stellen, an denen keine Haltestellen sind, um Mobilität zu gewährleisten (Ausnahmen verstärkt ermöglichen)
- es ist eine differenzierte Typologie der ländlichen Räume notwendig
- Imageverbesserung der ländlichen Räume realisieren

Leitbild / Selbstverständnis von bürgerschaftlichem Engagement

- über kommunale Grenzen hinweg denken, stärker die Region in den Blick nehmen
- politisches Bekenntnis zum bürgerschaftlichen Engagement ist ebenso notwendig wie eine Lenkung und Steuerung
- Outputorientierung: Wohin wollen wir gehen? Die Kommune hat die Chance zu fragen: Was wollt Ihr beim bürgerschaftlichen Engagement? Was sind die Bedürfnisse? Um welche Infrastrukturen geht es?
- Bürgermeister als zentraler Faktor für Engagement vor Ort: Erst wenn sie Engagement offen gegenüberstehen, ist eine Änderung möglich.

Hier ist teilweise eine Einstellungsänderung notwendig.

- neues Verständnis von Daseinsvorsorge und Positionierung der Kommune in diesem Prozess
- (Engagement-)Praxis braucht mehr Akzeptanz und Handlungsspielräume in den Kommunen

Bürgerbeteiligung

- Bürgerbeteiligung an der Daseinsvorsorge, z. B. Schwimmbäder, Mobilitätsdienste etc.
- „Ortsbetreuer“: Initiatoren als bürgerschaftliche „Aktivatoren“ (vor Ort verwurzelt), die u. a. Akteure zu einem bestimmten Thema zusammenbringen
- Bürgerinnen und Bürger gestalten Infrastruktur selbst und müssen sich alleine helfen, wenn ihr Dorf kein „Schlafdorf“ werden soll
- Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement verbessern bzw. erleichtern: Auf kommunaler Ebene sollten dezentrale Strukturen für eine bürgernahe Ansprache geschaffen werden.
- Freiwilligenagenturen können Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg in ein Engagement ermöglichen

Kooperation / Vernetzung

- Kommunen müssen die Akteure, Bürgerinnen und Bürger vor Ort stärker einbinden, um eine Bindung an bzw. eine Verpflichtung für die Kommune zu erreichen
- interaktive Plattformen schaffen (Vernetzung, Qualifizierung, Teilhabe)
- Online-Vernetzung für die ländlichen Räume realisieren
- Menschen vor Ort zusammenbringen und dafür Treffpunkte schaffen, z. B. in einem Begegnungszentrum, in dem Angebote gebündelt werden
- Kommunen müssen lernen, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren und ein neues Rollenverständnis entwickeln
- bei der Etablierung von bürgerschaftlichem Engagement müssen möglichst viele Akteure verantwortlich eingebunden werden

Weitere Beiträge

- Bedarfe: Oft präventiver Bereich => Kommune fühlt sich nicht zuständig – nicht öffentlich (Pflicht)
- Mehrgenerationenhäuser: Problem der Nachhaltigkeit; Dorfläden: finanzieren sich selbst

Akteursgruppe Dritter Sektor

Rahmenbedingungen

- notwendig sind Freiwilligenagenturen pro Landkreis und interaktive Kommunikationsplattformen, zentrale Treffpunkte und umfassende Vernetzung mit Mehrgenerationenhäusern, Seniorenberatung etc.
- situative, kurzfristige Lösungen zur Beratung – statt Aufbau fester Strukturen
- niedrigschwellige öffentliche Räume sind wichtig
- punktuelles, projektbezogenes Engagement ermöglichen, Vielfalt der Lebensformen akzeptieren
- stärkere Einbeziehung bzw. Öffnung von bürgerschaftlichem Engagement für Menschen mit Migrationshintergrund
- Problem demografischer Wandel: Veränderung der Familienstruktur; Vereinzelung, Verlust von Fähigkeiten

Anerkennung / Motivation / Öffentlichkeitsarbeit

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für bürgerschaftliches Engagement muss gewollt sein von der Bürgergesellschaft, Organisationen, Politik (Parteiübergreifend, Einstellungswandel, Mitgliedschaft in Vereinen, Freiwilligenagenturen der Kommunen aber auch der Verbände)
- Sensibilisierung der Verwaltung für bürgerschaftliches Engagement
- Übertragung von „Good Practice“, Öffnung von Vereinen für neue Zielgruppen
- gesteigerte Wertschätzung von Engagement erforderlich
- Faktor Mensch: Nicht nur materielle Ausstattungen, sondern begeisterte Menschen sind wichtig. Auch immaterielle Faktoren sind Innovationsanreize für Träger. Gesellschaftliche Anerkennung des Engagements macht Träger attraktiver.
- ideellen Nutzen von Engagement stärker vermitteln; Nutzen von Engagement (für die Gesellschaft und den Einzelnen) bekannt machen, um Leute zu begeistern. Mitmenschlichkeit als Motivation hervorheben.
- Anreizsysteme (auch finanziell) helfen den Trägern, eigene Zukunftsfähigkeit durch Gewährleistung von bürgerschaftlichem Engagement zu verbessern (Benefit für Träger).

Kooperation / Vernetzung

- interkommunale und intrakommunale Vernetzung
- Vernetzungshürden abbauen, Doppel- und Dreifachstrukturen vermeiden
- Bildungsinstitute der Kommunen einbinden: Handwerkszeug zur Verfügung stellen
- auf sozialen Netzwerken aufbauen: Verantwortung füreinander, Eigensinn nicht beschädigen
- Austausch von Erfahrungen, Kooperation, Vernetzung; Moderation von außen
- Wege: alle beteiligten Träger (Kommunen, Einrichtungen, Vereine etc.) sollten Eigeninteresse an Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements haben. Wie bringt man diese Ideen weiter? Z. B. in geselligen Netzwerken (Projekttourismus)
- neue Formen des Zusammentreffens zwischen Trägern und Engagierten finden, z. B. „Speed-Dating“
- Problem: Wie lässt sich bürgerschaftliches Engagement mit Professionalismus verbinden?

Wissenstransfer

- Handwerkszeug für Beteiligungsprozesse vermitteln (u. a. über Organisationen des Dritten Sektors)
- Marktplatzmethode verbreiten

Akteursgruppe Wirtschaft / Stiftungen

Stiftungen – können beitragen durch:

- Analyse der Daten und Fakten
- Sensibilisierung: Politik, Verwaltung, Akteure, Bevölkerung
- Vernetzung / Partizipation
- Ressourcen: Infrastruktur, Personal, Geld, Zeit, Engagement
- Strategie: Daten, Herausforderungen, Ziele, Maßnahmen, Wirkungen prüfen
- „Chefsache“
- 3-K-Strategie: Kompetenz, Kraft zur Durchsetzung, Kommunikation
- Bürgerstiftungen können als unabhängiger Akteur vor Ort agieren und Zeit, Geld und Ideen bereitstellen

Modellprojekte

- Verankerung von Engagementsystemen in Modellprojekten und Entwicklung von Partizipationsstrukturen. Bei der Initiierung von Modellprojekten müssen auch Kommunen und andere Akteure mitmachen.
- Einzelhandel: interkommunale Kooperationen fördern
- regional und personell in Funktionen denken: Dialog darüber, was leistbar ist (Was wollen wir? Z. B. Unternehmen in den Dialog einbinden)

Weitere Beiträge

- Mitwirkung bei Prioritätensetzung und Findung der Bedarfe bürgerschaftlichen Engagements zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, z. B. auch bei Planungsfragen

Akteursgruppe Wissenschaft / Forschung

Forschung / Evaluation

- regionale Befragungen vor Ort durchführen, z. B.: „Wo würden Sie sich engagieren?“
- Engagementforschung kleinräumig ausbauen, z. B. Ausstieg aus dem Engagement; dieses Feld ist kaum erforscht; ebenso auch die Frage: Was hat sich bewährt?
- Daten und Untersuchungen genau analysieren hinsichtlich der lokalen Ebene, um Engagement gezielt fördern zu können und kleinräumige Prozesse offenzulegen

Frage 2: Welche Organisationsformen sind in ländlichen Räumen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sinnvoll?

Rahmenbedingungen

- es gibt nicht „die eine“ perfekte Organisationsform
- bürgerschaftliches Engagement braucht „neue“, flexiblere Strukturen jenseits der etablierten und traditionellen
- Bürgerbeteiligung sollte institutionalisiert werden (auch in der Sozialplanung)
- strateg. Zielentwicklung – „Was wünscht der Bürger?“

- Steuerungsmechanismen flexibilisieren und den Engagierten, ihren Organisationen und Projekten Handwerkszeug zur Verfügung stellen
- Organisationsformen sollten auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichtet werden
- genossenschaftliche Organisationsformen, z. B. für Tauschringe
- Organisationsform: abhängig von Akteuren und Regionen (Stiftungen, Vereine, Initiativen, MGHs, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen; Netzwerke mit qualifizierter Begleitung)
- keine Organisationsform, sondern Orte der Begegnung nötig; zentrale Orte sind auch ohne Organisationsform möglich (z. B. Bäcker, Post)
- Wie möchte ich alt werden? => partizipationsbezogene Planung und Entwicklung

Bund / Länder

- politische Gremien sollten Klarheit schaffen und Verantwortungen klären

Kommune

- bürgerschaftliches Engagement gehört auch in die Verantwortung der Kommune; Umsetzung kann auch durch Freiwilligenagenturen o. ä. gestaltet werden
- Kommune als Mittler, um Organisation und Initiativen zu unterstützen; dies braucht aber einen aktiven Vertreter der Kommune
- Bundes- und Landesprogramme sind nicht erforderlich; Kommunen können Lösungen finden
- wenn die Kommune die Aufgabe ernst nehmen soll, braucht es einen aktiven Koordinator, lokale Vernetzung und ein „Querdenken“
- Kommunen sollten Aufgaben und Ziele definieren und daran die Beteiligungsformen ausrichten
- Unterstützung für Kommunen: Qualifizierung der Verwaltung; Stelle für eine „Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement“ bzw. Aufgabenverantwortung als Pflichtaufgabe gesetzlich verankern
- Zugang zu politischen Entscheidungen ermöglichen – dafür sind Beratungsstrukturen notwendig
- Engagementförderung als Pflichtaufgabe der Kommune; Bürgermeister: Engagement ist Chefsache
- Bürgerbeteiligung bei der Sozialplanung

Dritter Sektor

- Organisationsentwicklung (Subsidiaritätsgedanke) der Wohlfahrtsverbände notwendig
- Beendigung des Monopols der Wohlfahrtsverbände
- Beratungsstruktur für Selbstorganisationen benötigt

Wirtschaft / Stiftungen

- Bürgerstiftungen als mögliche Organisationsform; regional sehr unterschiedlich; Ziel: Flächenstiftung, die thematisch eingebunden ist
- Bürgerstiftungen können als nachhaltige lokale Partner mit eigenen Mitteln unabhängige Kofinanzierer sein und durch Zeit und Ideen mitwirken. 50.000 Euro als Startkapital für ländliche Region zu hoch
- Investmentfonds aufbauen (Banken) für alternative Organisationsformen, z. B. Bauherrenmodell „60 plus“
- Bauherrenmodell z. B. für Mehrgenerationenhäuser und für genossenschaftliches Wohnen

Vernetzung

- Staat, Markt, Zivilgesellschaft inkludierende Planung
- transsektorale Vernetzung – Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft

Frage 3: Wie können Maßnahmen der Regionalentwicklung intensiver auf die Stärkung des Bürgerengagements gelenkt werden?

Rahmenbedingungen

- bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe in der Regionalentwicklung verankern
- Strukturen neu definieren: Was brauchen die Bürgerinnen und Bürger?
- Strukturen schaffen, die zugleich ernst genommen werden und dazu verbindlichere Mitbestimmungsprozesse bewirken
- neue Infrastruktur ist nötig (Personal, Räume, Know-How, Austausch, Vernetzung)
- regionale Entwicklungsprozesse für Bürgerinnen und Bürger transparent gestalten

- Regularien der Regionalentwicklung reduzieren
- Ausbildung von Regionalmanagern und anderen Akteuren der Regionalentwicklung, um sie für Methoden des bürgerschaftlichen Engagements zu sensibilisieren
- rechtliche Rahmenbedingungen ändern, bestimmte Formen der Beteiligung auch gesetzlich stärker verankern
- Maßnahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung sind z. B. in Schleswig-Holstein gesetzlich verankert
- gezielte, strukturierte Öffentlichkeitsarbeit der Regionalentwicklung

Änderung von Förderungspraktiken

- bei der Vergabe von Fördermitteln stärker Akteure aus der Region einbinden (Sozialpartner, Wirtschaft etc.)
- regionale Fonds
- Bürgerhaushalte, die an das Votum der Bürgerinnen und Bürger gebunden sind
- Beispiel Weyarn (Bayern): Bürger-Arbeitsgruppe mit finanzieller Unterstützung
- Mittel der Regionalentwicklung in den Bürgerhaushalt investieren (nicht nur bei freiwilligen Aufgaben)
- Regionalentwicklung: nicht nur Projekte finanzieren, sondern auch Projektentwicklung, Umsetzung begleiten

Kommune

- Unterstützung von Projekten durch Bereitstellung von Räumen
- Verwaltungsstrukturen beschleunigen, vereinfachen
- Vertrauensverhältnisse zwischen Verwaltung und Bevölkerung stärken

Rolle von Bürgerinnen und Bürgern

- Mitspracherechte von Bürgerinnen und Bürgern in der Regionalentwicklung verankern
- Entscheidungsverantwortung (auch über die Verwendung von Geldern) an Bürgerinnen und Bürger abgeben
- Bürgerinnen und Bürger aktivieren und unmittelbare Betroffenheit zum Anlass nehmen

Motivation / Anreize

- finanzielle Anreize für vorbildliche Projekte, die

im Sinne des Gemeinwohls bewegen

- weniger das Materielle in den Vordergrund stellen, stattdessen Menschen in den Blick nehmen: Nutzen des bürgerschaftlichen Engagements deutlich machen (z. B. Toleranzaufbau, Demenzvorbeugung etc.)
- Motivationsaspekte stärker in den Blick nehmen und berücksichtigen

Vernetzung / Kooperation

- Kooperationen der verschiedenen Fachbereiche auf Regionalebene und in den Ministerien
- interministerielle und interkommunale Zusammenarbeit fördern
- Dritter Sektor: Erfahrungszirkel, Informationen geben, Moderation

Frage 4: Wie können traditionelle Formen des Engagements in ländlichen Räumen zukunftsorientiert weiterentwickelt werden?

Rahmenbedingungen

- Neue Engagementformen sind schon lange in den ländlichen Räumen angekommen, jedoch bestehen starke Konkurrenzen bei Finanzierungsbedarfen. Mittel der Regionalentwicklung reichen nicht aus.
- Integrierte ländliche Entwicklung sollte nicht kleinräumig regional abgestimmt sein. In diesem Rahmen künftig jedoch mehr lokale Mitwirkung der Bevölkerung gewährleisten.
- Akteure brauchen professionelle Unterstützung, z. B. durch Beratung zur Selbstreflexion.
- Neubürgerinnen und Neubürger bringen neuen Schwung in Dörfer, setzen z. B. durch Engagement für ihre Kinder neue Projekte in Bewegung – jedoch keine dauerhafte Bindung.

Forschung

- Es wird eine Datenlage benötigt, die unabhängig von den Statistiken der Kommunen erhoben wird und dabei die innere Gliederung (dörflich / städtisch der Ortsteile) berücksichtigt.
- Evaluation verstärken

Öffentlichkeitsarbeit

- gute Beispiele nutzen und die Kompetenz der Akteure öffentlich machen
- Sensibilisierung für Chancen und Risiken

Vernetzung / Kooperation

- interkommunale Kooperation
- externe Unterstützung gewinnen
- auf bestehendes Know-how hinweisen (Kommunale Analyse: www.wegweiser-Kommune.de; www.sozialplanung-senioren.de)

Finanzielle Voraussetzungen

- Drittmittel
- Ressourcen

Frage 5: Was müssen die verschiedenen Akteure bereitstellen, damit Jugendliche Engagement aufnehmen und ausleben?

Rahmenbedingungen

- schon minimale Infrastruktur kann Jugendprojekten helfen (z. B. Räume, Stifte, etc.)
- mehr kreative und experimentelle Ansätze: vor Ort entwickeln, was passt und wo Bedarf besteht
- Engagement an wechselnden Orten im Umkreis der Schule stattfinden lassen
- das Mobilitätsproblem von Jugendlichen im ländlichen Raum sollte thematisiert und gelöst werden; z. B. Jugendzentrum im Bus, dezentrale Angebote: Jugendliche dort abholen, wo sie sind und Schulen als Ankerpunkte nutzen
- flexible Angebote und Arbeitsweisen von Freiwilligenagenturen unterstützen
- Kooperation von Schule und Jugendarbeit: Nutzung der Räumlichkeiten etc.

Jugendbetreuerinnen und -betreuer

- Fortbildung der Jugendbetreuerinnen und -betreuer in Richtung Vernetzung und Lobbyarbeit zur Kompetenzerweiterung

Motivation / bürgerschaftliches Engagement attraktiv für die Jugend gestalten

- Jugendliche einbeziehen, statt nur über sie zu

reden; direkt fragen, was sie für ihr Engagement brauchen; Identifikation für Engagement schaffen

- andere Engagementformen für Jugendliche finden; diese sollten u. a. projektbezogen und „cool“ sein, z. B. durch Slogan oder T-Shirt
- Engagement „Facebook-fähig“ machen
- z. B. dezentrale Filmclubs – Jugendliche als Konsumenten und Organisatoren (Räume und Infrastruktur sind dafür notwendig)
- Arbeitgeber sollten Ehrenamt der Jugendlichen wertschätzen
- Anerkennung: Lob und „auf die Schulter klopfen“; Beispiel: Niedersachsenkarte. Auch Anerkennung im offiziellen Rahmen wichtig
- Jugendliche brauchen Selbstwirksamkeitserfahrung, z. B. ein fertiges Produkt am Ende
- niedrigschwellige Einstiegsangebote für Engagement schaffen
- Jugendliche Verantwortung übernehmen lassen und so Motivation schaffen

Freiwilligendienste

- Freiwilligendienste stärker als Option für „Auszeit“ nach der Schule bekannt machen und so Jugendliche für weiteres Engagement gewinnen
- traditionelle Freiwilligendienste (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst) sind eher höher-schwellig. Es sollten flexible Formen von Freiwilligendiensten geschaffen werden und Freiwilligendienste vermehrt auf solche Gruppen zugeschnitten werden, die bisher nicht erreicht wurden (z. B. Angebote nicht nur im kognitiven Bereich)
- Nebeneinander von Arbeitsmarktpolitik und Engagementpolitik vermeiden; Grenzen dazwischen aufgeben

Weitere Beiträge

- Traditionelles Engagement wie Sport und Feuerwehr sind oft die dominante Engagementform in ländlichen Räumen, und nach Ende der Schulzeit wandern die Jugendleiter ab. Hier müsste verstärkt zur Rückkehr bewegt werden.

c. Stellungnahmen

Stellungnahme Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung

Kommunen spielen die wesentliche Rolle bei der Daseinsvorsorge und aufgrund der demografischen aber auch finanziellen Perspektiven ist zur Sicherung der kommunalen Lebensqualität bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar.

Aus den Erfahrungen unserer Workshops (www.workshops-fuer-kommunen.de) zu den Themen Demografie, Integration und Seniorenpolitik, die neben anderen Zielen (z. B. kommunale Lebensqualität sichern) auch das Bürgerengagement fördern, sind die Kernaussagen des Dialogforums zu unterstreichen.

Ebenfalls aus den Erfahrungen unserer Workshops ergeben sich folgende Erfolgsfaktoren für eine demografiesensible Kommunalpolitik, die auch zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen gelten:

- Strategisch vorgehen
- Datenbasis der aktuellen und künftigen Situation erstellen (www.wegweiser-kommune.de; www.sozialplanung-senioren.de)
- Politik, Akteure und Bevölkerung sensibilisieren und Handlungsdruck erzeugen
- Akteure vernetzen und Bürger beteiligen
- Anerkennungskultur entwickeln
- Chancenorientiert vorgehen
- Gute Beispiele nutzen, interkommunal kooperieren
- Ressourcen bereit stellen
- Externe Begleitung nutzen

Aufgrund der zunehmenden Belastungen kommunaler Akteure durch die zunehmende Informationsflut sollte konkrete Umsetzungshilfe statt weiterer Publikationen im Vordergrund nicht nur kommunaler Maßnahmen stehen. Dies könnten kommunale Workshops zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements sein, die mit kommunalen Akteuren zur Bestimmung der individuellen Probleme, Ziele und Maßnahmenpläne durchgeführt werden sollten.

Wolfgang Wähnke, Project Manager, Programm LebensWerte Kommune

Stellungnahme Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung^[15], Referat SW25 - Ländliche Infrastruktur, Kulturlandschaften



Aus Sicht des Referats SW 25 „Ländliche Infrastruktur, Kulturlandschaften“, für das Dr. Stefan Ewert an der o.g. Veranstaltung teilnahm, brachte das Dialogforum zahlreiche gute, praxisbezogene und daher auch in einem realistischen Rahmen umsetzbare Ideen zur Stärkung der ländlichen Räume hervor. Es wird in Zukunft ohne vermehrtes bürgerschaftliches Engagement in Verbindung mit größerer Handlungsfreiheit der Kommunen nur schwer möglich sein, ein bedarfsgerechtes Angebot an öffentlicher Infrastruktur aufrecht zu erhalten und die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die vielfältigen Kulturlandschaften in Deutschland werden in den nächsten Jahrzehnten angesichts des demografischen Wandels vor erheblichen Herausforderungen stehen. Besonders charakteristisch ist das bereits jetzt zu beobachtende Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen, was zu erheblichen regionalen Unterschieden und damit auch zu einem differenzierten Problemdruck führt.

Nachhaltige ländliche Entwicklung erfordert vor diesem Hintergrund die enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden. Dabei gilt es, sich mehr als bisher auf die spezifischen regionalen Erfordernisse zu konzentrieren und die – nicht zuletzt auch finanzielle – Eigenverantwortung der Akteure vor Ort zu stärken. Auch Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre Zusammenarbeit noch stärker verzahnen, um weiterhin zur Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland beizutragen.

Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es, die ländlichen Regionen unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Entwicklungspotenziale als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume zu stärken, zukunftsfähig zu machen.

[15] Die vorliegende Stellungnahme spiegelt nicht die Haltung des BMVBS wider, sondern die Meinung des Referats SW 25.

hig zu machen und ihre Attraktivität zu erhalten. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bündelt seine Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Regionen unter dem Dach der Anfang 2010 gestarteten „Initiative Ländliche Infrastruktur“. Die Initiative setzt bewusst auf die regionalen Stärken und auf die Ideen und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, um in den Regionen neue Perspektiven aufzuzeigen und die Lebensqualität zu sichern.

Ein Kernelement der Initiative ist das neue Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“. Es zielt darauf ab, kleinere Städte und Gemeinden als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zentren zu stärken und sie als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge für die Zukunft handlungsfähig zu machen. Ihre zentralörtliche Versorgungsfunktion soll dauerhaft, bedarfsgerecht und auf hohem Niveau für die Bevölkerung der gesamten Region gesichert und gestärkt werden. Dies wird auf Dauer nur gelingen, wenn interkommunale Zusammenarbeit einen größeren Stellenwert erlangt. Es ist gelungen, die Finanzhilfen des Bundes für dieses Programm von 18 Mio. Euro im Jahr 2010 auf rund 35 Mio. Euro im Jahr 2011 nahezu zu verdoppeln. Für 2012 ist das Programmvolumen auf rund 44,4 Mio. Euro gestiegen.

Ein weiterer zentraler Bestandteil der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ ist der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“. Damit werden beispielhafte Lösungen für eine nachhaltige Infrastrukturversorgung, die zur Lebensqualität in ländlichen Räumen beiträgt sowie ihre Attraktivität und Zukunftsfähigkeit steigert, ausgezeichnet. Wesentliches Anliegen des Wettbewerbs ist es, vorbildliche Ideen zu sammeln und wertvolle Lösungsansätze einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Teilnahmeberechtigt waren Einzelpersonen, Gruppen, Vereine, Verbände, Verwaltungen, Gebietskörperschaften sowie Unternehmen mit laufenden Aktivitäten oder umgesetzten Projekten in ländlichen Räumen. Kooperativen Projekten gilt hierbei ein besonderes Interesse. Am 5. Dezember 2011 wurde von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer die zweite Wettbewerbsrunde mit dem Schwerpunktthema „In ländlichen Räumen mobil!“ gestartet. Gesucht werden innovative Ideen und Projekte, die leistungsfähige Mobilitätsangebote und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur in dünn besiedelten ländlichen Regionen ermöglichen und erhalten. Kooperationspartner des

Wettbewerbs sind der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Bauernverband und der Zentralverband des Deutschen Handwerks – es wird somit auch beim Wettbewerb auf die Vernetzung und die Zusammenarbeit der Akteure und Multiplikatoren gesetzt.

Neben den Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ (2011 abgeschlossen) und dem neuen, bis 2013 laufenden „Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge“ existiert zudem im Rahmen der Initiative „Ländliche Infrastruktur“ das Modellvorhaben „Stadt-Land-Partnerschaften“. Dabei geht es stets darum, die Kreativität der Menschen vor Ort zu nutzen, die überörtliche Kooperation zu intensivieren und letztlich „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten.

Insofern greifen die laufenden Maßnahmen des BMVBS bereits vieles von dem auf, was in den Kernaussagen ebenfalls zum Tragen kommt:

- Frühzeitige Planung einer bedarfsgerechten Infrastruktur im Hinblick auf die veränderte Bevölkerungsstruktur sowie Anpassung aufgrund einer sektorenübergreifenden Analyse der regionalen Situation.
- Mehr Eigenverantwortung für die Kommunen (u.a. durch Bottom-up-Prozesse und größere finanzielle Entscheidungsspielräume vor Ort, wie sie im BMVBS-Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ mit Erfolg erprobt wurden).
- Stärkere Einbeziehung von Freiwilligen und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in die Planung und die Durchführung von Projekten. Hierbei müssen die bereits heute gesetzlich verankerten Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerschaft (etwa bei Planfeststellungsverfahren etc.) besser bekannt gemacht und frühzeitig genutzt werden.
- Umfassende Vernetzung und enge Kooperation der staatlichen Akteure aller Ebenen bei Beteiligung der lokalen Wirtschaft sowie der Vereine, Verbände und nichtstaatlichen Organisationen.
- Verstärkte Werbung und Bekanntmachung guter Beispiele und Projekte. Die Kommunikation muss vorhandene Initiative würdigen und Menschen zum Engagement ermutigen.

Stellungnahme Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen



Wie lebendig ländliche Räume sind, hängt in weiten Teilen vom Engagement der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger ab. Besonders in Regionen, in denen Kommunen durch Abwanderung und demografischen Wandel vor großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen stehen, kann die freiwillige Leistung der Bürgerinnen und Bürger viel zum Wohle der Gemeinschaft beitragen. Deshalb ist es wichtig, dass engagierten Menschen, die etwas zum Gemeinwohl betragen wollen, unter die Arme gegriffen wird. Brechen traditionelle Strukturen wie Vereine, Verbände und Parteien durch sinkende Mitgliederzahlen weg, so gilt das umso mehr. Wichtig ist es deshalb, neue Formen der Beteiligung zu schaffen, um interessierten Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihre Taten, Ideen und Meinungen einzubringen. Bürgerhaushalte und Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene sind Beispiele für solche Beteiligungsformen. Auch an der Ausarbeitung von Dorfentwicklungsplänen können und sollten die Einwohner beteiligt werden. Durch diese aktive politische Mitarbeit wird auch die Bindung an die Region gestärkt, das Selbstbewusstsein wächst und regionale Kreisläufe beginnen zu wirken.

Es ist jedoch auch wichtig, Engagement abseits des politischen Bereichs zu fördern: Viele soziale, kulturelle und auch wirtschaftliche Initiativen beruhen auf den Aktivitäten Einzelner. Hier gilt es von Seiten der Kommunen, diese Leistung anzuerkennen und durch einen aktiven Dialog zu unterstützen, oder auch durch Seminare und das Bereitstellen von Infrastruktur die Freiwilligen in ihrer Arbeit zu bestärken und Hürden für das Engagement abzubauen. Auch Bund und Länder sind in der Pflicht, durch entsprechende Förderprogramme bürgerschaftliches Engagement in den Fokus zu rücken. Wie die Kernaussagen des Dialogforums besagen, wäre es denkbar, beispielsweise die Vergabe von bestimmten Fördermitteln an eine aktive Bürgerbeteiligung zu knüpfen.

Wir müssen im Kopf behalten, dass insbesondere ländliche Regionen mit einem geringen öffentlichen

kulturellen und sozialen Angebot auf das Engagement von Freiwilligen angewiesen sind. Nur so kann die Lebensqualität erhalten werden, die die Menschen davon abhält abzuwandern und ihr Potenzial an einem anderen Ort einzubringen.

Cornelia Behm MdB, Sprecherin für Ländliche Entwicklung, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Stellungnahme DIE LINKE



Bürgerschaftliches Engagement ist zu stärken, auch in ländlichen Räumen. Dies ist seit Langem unsere Position, auch wenn wir vor den „Tücken“ eines bestimmten Umgangs mit und Einsatzes von freiwillig Engagierten warnen.

DIE LINKE will den ländlichen Raum stärken. Er erfüllt ökologische Funktionen. Viele ländliche Regionen, vor allem in Ostdeutschland, stecken zunehmend in einer strukturellen Krise: hohe Arbeitslosigkeit, fehlende wirtschaftliche Alternativen, dramatischer Bevölkerungsrückgang, besonders durch die anhaltende Abwanderung junger Leute auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen wird vielerorts vom Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse Abschied genommen und Förderung auf Wachstumszentren konzentriert. Strukturschwache ländliche Räume geraten dadurch in weiteren Rückstand.

Um dieser strukturellen Krise zu begegnen, können engagierte Menschen sicherlich einen großen Beitrag leisten. Aber bitte nur als „soziales Plus“. Sie dürfen nicht Lückenbüßer werden in einem ausgetrockneten Sozialstaat, wenn Bund, Länder und Kommunen für eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr aufkommen können oder wollen. Engagierte sollen nicht dafür unfreiwillig sorgen, dass reguläre Beschäftigung wegfällt. Engagierte dürfen ebenso wenig in Warteschleifen platziert werden, weil z. B. Ausbildungsplätze fehlen. Daher sehen wir den Passus, dass Freiwilligendienste „noch stärker als Option für eine Auszeit nach Beendigung der Schule“ gelten

sollen, als kritisch an! Den Bundesfreiwilligendienst lehnen wir ab, die bisherigen Jugendfreiwilligendienste müssen weiter gestärkt werden. Niedrigschwellige Angebote sind aber auch aus unserer Sicht dringend notwendig.

Ein Aufbauprogramm für ländliche Räume ist wichtig, bürgerschaftlich Engagierte sind dafür ein Begleitmoment, nicht Hauptakteure. Die Fraktion DIE LINKE hält an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse fest und tritt für einen solidarischen Ausgleich ein.

DIE LINKE will deswegen die flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung als traditionellen Kern der ländlichen Ökonomie stabil erhalten und durch nicht-landwirtschaftliche Gewerbe und Dienstleistungen stärken: Belebung von traditionellem dörflichem Handwerk, Erschließung des ländlichen, sanften Tourismus, Umweltwirtschaft, dezentrale Verlagerung von Wirtschaftsstandorten in ländliche Regionen mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Für vieles hiervon sind qualifizierte Arbeitskräfte vonnöten, flankiert werden sie von freiwillig Engagierten.

Die Fraktion DIE LINKE fordert ferner den ungehinderten Zugang für kleine und mittelständische Unternehmen zu notwendigen Krediten und die Stimulierung eines unternehmensfreundlichen Klimas in den Dörfern.

Bedeutend ist in diesem Zusammenhang: Ich unterstütze bürgerschaftliche Initiativen, die darauf zielen, zur Eigenfinanzierung lokaler Ökonomie, der Infrastruktur und regionaler Wirtschaftskreisläufe auch neue Quellen zu erschließen, und lokale Aktionsgruppen in den Dörfern, die sich die Aufgabe stellen, die Zukunft ihres Dorfes in die eigenen Hände zu nehmen. Hier tritt nun auch eine enge Verquickung mit meinem Spezialgebiet, den Kommunalfinanzen, zu Tage. Doch das „in die eigene Hände nehmen“ muss auch von der politischen Ebene unterstützt werden und den Menschen auf allen Ebenen Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse einräumen. DIE LINKE ist die Partei der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, wir fordern die Einführung direktdemokratischer Elemente, allen voran eine dreistufige Volksgesetzgebung.

Harald Koch, Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellungnahme Landesweite Arbeitsgemeinschaft „AG Lebendige Dörfer“ im Verein Brandenburg 21, Verein zur nachhaltigen Lokal- und Regionalentwicklung im Land Brandenburg e.V.

1. Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten (vor allem der anspruchsvolleren wie Archivierungen, Moderationen, Projektentwicklung, Finanzierungskonzepte, Veranstaltungsorganisation, Protokollführungen und -auswertungen, u. a.) als Teil berufsqualifizierender Ausbildung, gegebenenfalls auch Anerkennung als ausbildungserforderliche Berufspraktika.

2. Kontinuierliche Begleitung von bürgerinitiierten Projekten durch qualifiziertes Coaching (teilweise wie in Kyritz durch kompetente Verwaltungsmitangestellte) ggf. über den Förderzeitraum hinaus bis zum tatsächlichen alleinigen Weiterlaufen der Projekte. In diesem Zusammenhang auch stärker querschnittsorientierte Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern zur Vorbereitung auf verstärkte Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

3. Bereitstellung einer längerfristigen nicht nur an Förderung gekoppelten Geschäftsstelleninfrastruktur (inkl. bezahlte Sekretariats- und Assistenzarbeiten) zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit.

4. Verstärkte Kombination von vor Ort ausgeübten ehrenamtlichen Tätigkeiten / Projekten zur Sicherung einer zukunftsfähigen Daseinsvorsorge mit VHS-Aktivitäten. Hierüber ließen sich auch verstärkt die Erfahrungen aus „Best Practice-Beispielen“ in die Breite streuen, stärkere Dezentralisierung von VHS-Aktivitäten bei Übernahme von Reisekosten.

Wolf-Christian Schäfer, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Lebendige Dörfer“

d. Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Bamberger	Charlotte	Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit
Baule	Bernward	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Prof. Dr. Beetz	Stephan	Hochschule Mittweida
Behm	Cornelia	Bündnis 90 / Die Grünen
Damaros von	Katja	Stabsstelle Vorstand Zentren Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Deutschland e. V.
Prof. Dr. Dienel	Christiane	nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
Dr. Ewert	Stefan	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Folk	Kornelia	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Franke	Silke	Hans Seidel Stiftung
Frey	Heinz	DORV-Zentrum GmbH Jülich-Barmen
Fuchs	Johannes	Koordinationsstelle des Suchthilfeverbundes – Landkreis Konstanz
Dr. Gensicke	Thomas	TNS Infratest Sozialforschung GmbH
Dr. Gierden-Jülich	Marion	
Dr. Grotheer	Swantje	TU Kaiserslautern Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung
Grübel	Markus	Deutscher Bundestag Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
Hackler	Dieter	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Halling	Axel	Stiftungsinitiative Ost
Hensel	Stefanie	Stadt Altena / Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros
Hornfeck	Marc-Axel	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Kern	Uta-Maria	Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V.
Klepel	Thomas	Naturpark Dübener Heide e.V.
Klier	Vera	Bagso
Dr. Klingholz	Reiner	Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Koch	Harald	Deutscher Bundestag Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
Konrad	Elisabeth	Katholische Landvolkbewegung
Kopp	Ursula	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Kromminga	Peter	UPJ e.V.
Dr. Kunz	Angela	Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
Lerch	Herbert	Stadt Regensburg Lt. Seniorenamt
Marcinczyk	Adelheit	Amt für Jugend, Soziales, Arbeit und Senioren, Integrierte Sozialplanung Kreis Nordfriesland
Dr. Mensch	Kirsten	Schader Stiftung
Prof. Dr. Neu	Claudia	Hochschule Niederrhein
Prof. Dr. Olk	Thomas	Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg

Pix	Carsten Michael	Deutscher Feuerwehrverband e. V.
Dr. Röbbke	Thomas	Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern
Roither	Clemens	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Rubart	Heidemarie	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.
Rüger	Sabine	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Schaarschmidt	Anne	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen
Schleppegrell	Ulrich	Diakonisches Werk Oldenburg-Stadt
Sittler	Loring	Generali Zukunftsfonds
Steuer	Birgit	Oberbergischer Kreis, Wirtschaftsförderung, Frau und Wirtschaft
Teichert	Andrea	Begegnungszentrum Lunow e.V.
Theuerkauf	Walter	Landkreis Aurich
Vater	Claudia	Sächsisches Landeskuratorium Ländlicher Raum e.V.
Wähnke	Wolfgang	Bertelsmann Stiftung
Prof. Dr. Wegner	Martina	Hochschule für angewandte Wissenschaften München
Würz	Stephan	Landes Ehrenamtsagentur Hessen
Prof. Dr. Zimmer	Annette	Westfälische Wilhelms-Universität Münster

